

# Danziger Zeitung



No 8916.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettlerbagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 R 50 S. Auswärts 5 R — Inserate, pro Petit-Zeile 20 S, nehmen an: in Berlin: S. Albrecht, A. Kretschmer und Fab. Woffe; in Leipzig: Eugen Fort und S. Engler; in Hamburg: Hasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: S. P. Daube u. die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schäffer.

1875.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

**Berlin, 12. Jan.** Die Konferenz des Ministers des Innern mit den Oberbürgermeistern von Berlin, Potsdam, Breslau, Danzig, Magdeburg und Posen über die neue Städteordnung ist gestern beendet worden. Die „Nationalzeitung“ glaubt, daß die Vorlegung des Entwurfs in der nächsten Session des Landtages noch nicht erfolgen werde.

**Paris, 12. Jan.** Der „Agence Havas“ geht die Nachricht von einer Proclamation Don Carlos' zu, in welcher derselbe bedauert, daß sein Vetter Don Alfonso sich dazu verstehen könne, das Werkzeug der Revolution zu werden. Er Don Carlos habe die revolutionären Auerbietungen zurückgewiesen, er sei der alleinige Repräsentant der Legitimität. Die Proclamation Alfonso's öffne ihm die Pforten von Madrid, er werde die Revolution unterdrücken gegen seiner heiligen Mission, welche das Symbol der staatsrechtlichen Prinzipien sei.

**Washington, 12. Jan.** Präsident Grant hat die Botschaft an den Congress über die Vorgänge in Louisiana aufgeschoben. Dem Vernehmen nach wird der ausgearbeitete Entwurf wegen der zunehmenden Bekämpfung der Republikaner und zur Vermeidung einer Ministerkrise modificirt. Senator Schurz hat das Verfahren der Bundesregierung als verfassungswidrig bezeichnet. Auch Boston hat sich New York bei dem Proteste gegen Anwendung von Waffengewalt in Louisiana angeschlossen.

## Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

**Wien, 11. Jan.** Den hiesigen Journalen wird aus Prag gemeldet, daß heute daselbst ein preussischer Bevollmächtigter eingetroffen ist, welcher den vom Landgrafen Friedrich von Hessen mit der Krone Preußen abgeschlossenen Vertrag betreffend den Uebergang des Kurfürstenthums Hessen an Preußen den hier versammelten Familienmitgliedern des verstorbenen Kurfürsten von Hessen vorgelegt hat. Der Vertrag wurde von sämtlichen Familienmitgliedern ohne Vorbehalt anerkannt. Von dem deutschen Kaiser trat gleichzeitig ein Telegramm ein, welches die stricte Ausführung der Bestimmungen des Testaments zusagt.

**Best, 12. Jan.** In der Sitzung des Finanzausschusses legte der Finanzminister Schyweh ein vollständiges Finanzprogramm vor. Darnach sind von der letzten Anleihe nach Abzug der Zinsausgaben zum Betrage von 9 1/2 Millionen noch 32 Millionen und außerdem noch 12 Millionen an Cassenbeständen disponibel, wodurch das Defizit ausreichend gedeckt werden könne, doch würden dann, mit Berücksichtigung der unregelmäßigen Steuereingänge, für das Jahr 1876 nur 6 Millionen übrig bleiben. Er beantragte deshalb zur Deckung des Defizits 12 Millionen aus der Anleihe zu nehmen und 13 Millionen durch neue Steuern und einen Zuschlag zu den bestehenden Steuern zu decken. — Da die bereits von ihm droponirte Erhebung eines Steuerzuschlags von 5 Procent ihm zu drückend erscheine, ziehe er die betreffende Vorlage zurück und beantrage die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer. — Auf diese Weise werde es möglich, auf das Jahr 1876 26 Millionen übertragen zu können, durch welche mit Hinzurechnung anderer Einnahmen im Jahre 1876 die Ausgaben ohne eine neue Anleihe gedeckt werden könnten.

## Reichstag.

41. Sitzung vom 11. Januar.

Zweite Verlesung des Gesetzentwurfs über den Landsturm, wie er von der Commission mehrfach amendirt vorgelegt ist.

Zunächst verliest der Präsident folgenden von den Abg. Hasse, Liebnicht und Reimer eingebrachten Antrag: „Der Reichstag wolle beschließen, den aus den Beratungen der Commission hervorgegangenen Gesetzentwurf als den Grundriss der allgemeinen Wehrpflicht widersprechend abzulehnen und den Reichstag zu beauftragen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Wehrpflichtmachung des gesammten Volkes ansieht und das Volk in Waffen zur Wahrheit macht.“ Der Präsident bemerkt dazu, daß dieser Antrag bei der zweiten Verlesung, in der nur über die einzelnen Paragraphen des Gesetzes, aber nicht über das Gesetz im Ganzen beschlossen wird, nicht zur Abstimmung gebracht werden könne; sollte sich am Schlusse der zweiten Verlesung herausstellen, daß sämtliche Paragraphen des Gesetzes abgelehnt sind, so würde der Antrag in seinem ersten Theile faktisch erledigt sein und noch die zweite Hälfte desselben, die Resolution, zur Discussion gestellt werden können. Würden dagegen die einzelnen Paragraphen der Vorlage angenommen werden, so wäre damit der Antrag überhaupt beseitigt.

§ 1 lautet: „Der Landsturm besteht aus allen Wehrpflichtigen vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 42. Lebensjahre, welche weder dem Heere noch der Marine angehören. Der Landsturm tritt nur zusammen, wenn ein feindlicher Einfall Theile des Reichsgebietes bedroht oder überzieht.“ (§ 3 Al. 2 und § 16 des Ges. v. 9. November 1867.) Zu diesem § 1 liegen folgende Amendements vor: 1) Des Abg. Dunder, den Absatz 1 wie folgt zu fassen: „Jeder wehrfähige Deutsche gehört nach seinem Austritt aus der Landwehr bis zum vollendeten 42. Lebensjahre dem Landsturm an. Außerdem besteht der Landsturm aus allen Wehrpflichtigen vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 42. Lebensjahre, welche weder dem Heere noch der Marine angehören.“ 2) Des Abg. v. Bonin: ebenfalls den ersten Absatz wie folgt zu fassen: „Der Landsturm besteht aus allen wehrfähigen Deutschen vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 42. Lebensjahre,

welche weder zum stehenden Heere noch zur Landwehr oder zur Marine eingezogen sind.“ Der Referent Graf Bethusy-Duc: Die Commission hielt diese Reproduktion der den Landsturm betreffenden §§ 3 Alinea 2 und 16 des Wehrgesetzes vom 9. November 1867 für notwendig, um den Umfang und die Bedeutung des Landsturmgesetzes klar zu stellen und den im Volke laie gewordenen Vorurtheilen bezüglich seiner Tragweite entgegenzutreten. Die Anträge Dunder und v. Bonin bittet der Referent abzulehnen, da der erstere genau dasselbe, wie der Vorschlag der Commission, bezweckt, welcher diesen Zweck mit den authentischen Worten des Wehrgesetzes nur besser erreicht. Der Antrag v. Bonin dagegen sagt den höchst unwahrscheinlichen Fall in's Auge, daß Wehrfähige, die den stehenden Heere, der Landwehr und der Marine angehören, bei der Einberufung des Landsturmes nicht eingezogen sind. — Abg. Dunder: Mein Amendement will kein bestehendes Recht abändern, sondern nur die gesetzlich geltenden Bestimmungen, welche über den Landsturm an verschiedenen Stellen zerstreut existiren, hier zusammenfassen, um allen Wehrpflichtigen ein klares Bild davon zu geben, ob sie überhaupt verpflichtet sind und wie weit diese Verpflichtung sich erstreckt. Es würde für das allgemeine Verständnis klar ausprechen, daß jeder wehrfähige Deutsche, nachdem er seine Pflicht im stehenden Heere, in der Reserve und Landwehr erfüllt hat, noch nicht aufgehört hat, für die Wehrfähigkeit des Landes verpflichtet zu sein, sondern dann noch betreffenden Falls in den Landsturm einzutreten hat. Ich bitte Sie, mein Amendement anzunehmen. — Abg. v. Bonin: Wir haben eine vierjährige Reserve, und die Erfahrung hat gelehrt, daß stets ein Theil davon gar nicht zur Einziehung gelangt. Wird nun der Landsturm nicht in der ganzen Monarchie, sondern nur in einzelnen Theilen einberufen, so kann es sehr leicht vorkommen, daß in diesen Landestheilen sich wehrfähige und wehrpflichtige Deutsche finden, welche zu einer Kategorie des Heeres, nämlich zur Reserve gehören, zu dieser aber nicht eingezogen sind. Wenn § 1 der Commissionssatzung angenommen wird, so würde diese Kategorie von der Verpflichtung, dem Landsturm beizutreten, befreit sein und das will mein Amendement verhindern. Ich wünsche, daß alle diejenigen zum Landsturm einberufen werden können, die zu einer Kategorie des Heeres gehören. — Bundes-Comar. v. Voigts-Rhege: Das Amendement Bonin will diejenigen Leute, die nicht zur Truppe einberufen sind, aber ihrer Verpflichtung nach zur Truppe eingezogen werden können, in den Landsturm einstellen. Ich muß diesem Antrage bestimmt entgegen treten. Es liegt eine große Gefahr darin, Leute, die zufällig durch Verzug in einem anderen Bezirk gekommen sind und die der Reserve noch angehören, zum Landsturm einzuberufen, während sie kurze Zeit darauf als Landwehr oder Reserve in das stehende Heer einzutreten hätten. Wir würden dadurch geradezu gezwungen werden, um für den Ausfall Ersatz zu schaffen, in verstärktem Maßstabe die Landwehr aus den Landsturmspflichtigen zu ergänzen. Ich kann daher nur bitten, dies Amendement unter allen Umständen abzulehnen. Was das Amendement Dunder betrifft, so ist zunächst der Ausdruck „wehrfähig“ technisch für alle Fälle nicht festzustellen. Es kann beispielsweise ein Einjähriger oder ein Mann mit steifem Fuße, der für das stehende Heer dauernd unbrauchbar ist, für den Landsturm unter Umständen außerordentlich brauchbar sein. Ich kann daher nur bitten, es bei den Bestimmungen, wie sie das Kriegsdienstgesetz enthält, belassen zu lassen, und es im Moment der Einberufung des Landsturmes den competenten Behörden zu überlassen, zu entscheiden, wer brauchbar und also „wehrfähig“ ist. — Abg. Graf Ballestrem: Gegen die hier von der Commission beschlossene Fassung liegen schwerwiegende Bedenken vor. Nach dem Absatz 2 soll der Landsturm einberufen werden, wenn ein feindlicher Einfall einen Theil des Reichsgebietes bedroht. Nun ist es ja bekannt, daß bereits vor Ausbruch des Krieges in der Nähe der Grenzen des Landes Truppenzusammenziehungen stattfinden. Soll nun dies schon als eine solche Bedrohung angesehen werden, welche zur Einberufung des Landsturmes im Sinne dieses Paragraphen ermächtigt? Ich kann das nicht zugeben. Ähnlich gestaltet sich die Frage bei der Einschiffung von Truppen einer fremden Macht, durch die unsere Küsten bedroht werden können. So lange unsere sieggewohnte Armee und ihre Heerführer intact dastehen und ein thatsächlicher Angriff noch nicht stattgefunden, kann ich eine derartige Bedrohung nicht für eine solche ansehen, die die Einberufung des Landsturmes rechtfertigt. Wenn wir (das Centrum) nun trotz dieser Ungewissheiten und Bedenken für diesen Paragraphen stimmen, so können wir das nur, wenn in den nächsten Paragraphen möglichst viele Cauteleu einführt werden, damit nicht leichtfertig, sondern nur, wenn ein wirklich dringende Gefahr vorliegt, der große Theil der Familienväter des Landes aufgegeben wird. — Ref. Graf Bethusy-Duc: Graf Ballestrem hat sich weniger auf die Sache eingelassen, als auf Conjecturen über die Politik des Reiches und auf Vertrauen oder Mißtrauen gegenüber dem Reichskanzler, so weit es sich dabei um die Einberufung des Landsturmes handelt. Mein Vertrauen gilt nicht, daß die Bestimmungen der Vorlage die Einberufung des Landsturmes in die Hand des Kaisers und nicht in die des Grafen Ballestrem legen. (Heiterkeit.) — Graf Ballestrem: Um auf diesen Witz zu antworten, den zu machen der Referent sich für verpflichtet gehalten, erwidere ich, daß ich keineswegs mein Vertrauen zur Reichsregierung, sondern nur die Erwartung ausgesprochen habe, sie werde dies und das thun. — Nachdem die Amendements Dunder und v. Bonin zurückgezogen sind, wird § 1 fast einstimmig angenommen.

§ 2: „Das Aufgebot des Landsturmes erfolgt durch kaiserliche Verordnung, in welcher zugleich der Umfang des Aufgebotes bestimmt wird.“ Zu diesem § beantragt 1) Abg. Dunder den Zusatz: „Auf Grund dieser Verordnung ist in ortsüblicher Weise bekannt zu machen, welche Altersklassen zunächst zur Einziehung gelangen.“ 2) Abg. Graf Ballestrem mit dem Centrum, den § 2 dahin zu fassen, daß durch kaiserliche Verordnung der territoriale Umfang des Aufgebotes bestimmt wird. — Graf Ballestrem wünscht, daß in der Verordnung auch aufgenommen werde, für welches

Territorium der Landsturm aufgegeben werden soll, damit nicht unentschieden Weise das Aufgebot auch in den Gebietstheilen erfolgt, welche vom Feinde nicht bedroht sind. — Abg. Richter (Hagen): Der Zweck des Vorredners wird durch sein Amendement wohl kaum erreicht, er verschlechtert sogar den Text der Commission, wenn nicht zugleich die Angabe der Altersklassen gefordert wird. Diese Angabe scheint uns notwendig, weil es sich hier um Leute handelt, die niemals in einem militärischen Verhältnis gestanden haben, also auch eines Aufgebotes nicht gewärtig sind; ähnlich erfolgt ja auch nach § 27 des Reichsmilitärgesetzes ein Aufgebot der Ersatzreserve zweiter Klasse nach den Altersklassen. — Gen. v. Voigts-Rhege: Der Wortlaut des § 27 des Reichsmilitärgesetzes ist allerdings genau derselbe, allein der Unterschied zwischen Ersatzreserve zweiter Klasse und Landsturm ist doch ein bedeutender. Die ortsübliche Bekanntmachung ist in einem vom Feinde überzogenen Lande nicht möglich, aber die Erfahrung hat doch bewiesen, daß es nichts desto weniger möglich ist, Waffenaufgebote auf andere als die ortsübliche Weise herbeizuführen, durch heimliche Mittelung u. s. w. In solchen Fällen würden die Leute mit diesem Gesetz in der Hand einer anderen als der ortsüblichen Bekanntmachung nicht Folge leisten. Was nun die Angabe der Altersklassen in der Verordnung betrifft, so wird man ja beim Landsturm eben so wie bei der Landwehr die jüngeren Jahrgänge zuerst einziehen. — Abgeordn. Richter (Hagen): Es lassen sich allerdings Fälle denken, wo eine ortsübliche Bekanntmachung nicht ausführbar ist; aber in solchen Fällen wird es wohl überhaupt unmöglich sein, eine kaiserliche Verordnung bekannt zu machen; für solche außerliche Fälle sind überhaupt Gesetzesbestimmungen nicht wohl ausführbar. — Bundes-Comar. Major Blume: Die kaiserliche Verordnung, welche den Landsturm aufhebt, geht an die betreffenden Landwehrbehörden, die dann erst die betreffenden Altersklassen einzieht. — § 2 wird in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung angenommen, die Amendements werden abgelehnt.

§ 3: „Das Aufgebot kann sich auch auf die verfügbaren Theile der Ersatzreserve erstrecken. Wehrfähige Deutsche, welche nicht zum Dienst im Heere verpflichtet sind, können als Freiwillige in den Landsturm eingestuft werden.“, wird ohne Debatte angenommen. — § 4: „Nachdem das Aufgebot ergangen ist, finden auf die von demselben betroffenen Landsturmpflichtigen die für die Landwehr geltenden Vorschriften Anwendung. Insbesondere sind die Aufgeborenen den Militärstrafgesetzen und der Disciplinordnung unterworfen. Dasselbe gilt von den in Folge freiwilliger Meldung in die Listen des Landsturms Eingetragenen.“ Graf Ballestrem beantragt das Al. 1 in folgender Fassung anzunehmen: „Nachdem das Aufgebot ergangen ist, sind die von demselben betroffenen Landsturmpflichtigen den Militärstrafgesetzen und der Disciplin-Ordnung unterworfen; sie genießen alle Rechte der zu den Fahnen einberufenen Landwehrmänner.“

— Abg. Dand empfiehlt dies Amendement, welches die in der Commission-Vorlage enthaltene Gleichstellung des Landsturmes mit der Landwehr ausschließt. — Abg. Hasse: Der Landsturm besteht aus Leuten, die einer militärischen Disciplin noch nie unterworfen waren; sie sollen den Militärstrafgesetzen unterworfen werden und ich glaube, daß dabei sehr leicht Conflict entstehen. Mit der Strenge der militärischen Strafgesetze sollte man den Landsturm verschonen oder wenigstens für ihn ein milderes Strafwesen einrichten. — v. Voigts-Rhege: Den Landsturmpflichtigen sollen nach dem Antrage des Abg. Ballestrem wohl die Rechte, aber nicht die Pflichten der Landwehrmänner übertragen werden; ihre Familien sollen also, sobald der Landsturm aufgegeben wird, aber noch nicht eingezogen ist, schon Unterstufungen erhalten, während der Landwehrmann erst eingezogen sein muß, ehe seine Familie Unterstützung erhält. — § 4 wird darauf angenommen und das Amendement Ballestrem gegen die Stimmen des Centrums und der Fortschrittspartei abgelehnt.

Dinter § 4 beantragt Graf Ballestrem folgenden § 4 a einzufügen: „Der Landsturm darf, abgesehen von der unmittelbaren Verfolgung eines geschlagenen Feindes, niemals außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches und nur ausnahmsweise außerhalb der heimathlichen Provinz zur Verwendung kommen.“ — Abg. Graf Ballestrem: Wir wollen verhindern, daß der Landsturm nicht zum Offensivkrieg gebraucht wird. — Abg. v. Bahl: Hätten wir uns in ein Gesetz tactische Vorschriften aufnehmen und überlassen wir das der Stelle, welche das Reich zu vertheidigen hat und schon die nöthigen und notwendigen Maßregeln treffen wird. (Beifall.) — § 4 a wird hierauf abgelehnt; für denselben stimmt nur das Centrum und der Abg. Hasse.

§ 5: „Der Landsturm enthält bei Verwendung gegen den Feind militärische, auf Schußweite erkennbare Abzeichen und wird in der Regel in besonderen Abtheilungen formirt. In Fällen außerordentlichen Bedarfs kann die Landwehr aus den Landsturmpflichtigen ergänzt werden, jedoch nur dann, wenn bereits sämtliche Jahrgänge der Landwehr und die verwendbaren Mannschaften der Ersatzreserve einberufen sind. Die Einstellung erfolgt nach Jahresklassen, mit der jüngsten beginnend, soweit die militärischen Interessen dies gestatten.“ Abg. Dunder beantragt 1) das Al. 1 so zu fassen: „Der Landsturm erhält ein besonderes Erkennungszeichen und bei Verwendung gegen den Feind militärische auf Schußweite erkennbare Abzeichen. Er wird auf Grundlage der Landwehrbataillonsbezirke in besondere Abtheilungen formirt.“ 2) die Al. 2 und 3 des § 5 zu streichen. Abg. Graf Ballestrem beantragt 1) die gesperrten Worte „in der Regel“ in Al. 1, 2) die Al. 2 und 3 ganz zu streichen, für den Fall der Annahme des § 5 aber 3) folgendes Al. 4 hinzuzufügen: „Durch die Bestimmungen dieses Paragraphen wird der Art. 59 der Verfassung des deutschen Reiches vom 16. April 1871 entsprechend modificirt.“ (Art. 59 bestimmt, daß jeder wehrfähige Deutsche 7 Jahre lang dem stehenden Heere und 5 der Landwehr angehört.) Endlich Abg. Reichensperger (Dpr.) in Al. 2 statt der Worte „aus den Landsturmpflichtigen“ zu lesen: „aus den Mannschaften des aufgeborenen Landsturmes.“

Berichterstatler Graf Bethusy-Duc: Zunächst empfehle ich den Antrag Reichensperger als eine ver-

besserte Redaction. Im Uebrigen ist dieser § 5 des Gesetzes eines materias und die Angriffe gegen ihn sind von zwei verschiedenen Seiten erfolgt, indem zunächst seine Verfassungsmäßigkeit und sodann seine Nothwendigkeit bestritten worden ist. Die Deductionen gegen seine Verfassungsmäßigkeit beziehen sich vornehmlich darauf, daß, während früher in dem Gesetze von 1813 der Landsturm einen Theil des Gesamtbegriffes „bewaffnete Macht“ gebildet habe, er im Gesetze von 1867 in ein ganz neues Verhältnis getreten ist. Dort wird im § 3 die gesammte Streitmacht des Vaterlandes eingetheilt in das Heer — welches seinerseits besteht aus dem Heere, Landwehr, Marine und Seewebr — und andererseits aus dem Landsturm, welches als ein von dem Collectivbegriff „Heer“ getrenntes und gesondertes Ganze angesehen wird. Durch diese Sonderung und durch den § 59 der Verfassung, welcher immer nur von dem „Heere“, von der Verfassung des Dienstes „im Heere“ spricht, behaupten diejenigen Herren, welche die Verfassungsmäßigkeit der Einberufung des Landsturms in die Landwehr bestritten, sei ein Novum in der Gesetzgebung geschaffen, und es seien auch diejenigen Bestimmungen, welche im § 14 des Gesetzes vom 9. November 1867 für die verschiedenen Altersklassen des Heeres gegeben seien, nicht übertragbar auf den Landsturm. Die Regierung ihrerseits beruft sich auf diesen Paragraphen als Quelle des ihr zustehenden Rechtes und begründet dies dadurch, daß § 14 des Gesetzes vom 9. November 1867 den scheinbar einschneidenden Wortlaut des Gesetzes vom 8. September 1814, dessen Sinn es im Wesentlichen reproducirt, dadurch abändert, daß es an Stelle der Worte „der Ein- und Austritt aus den einzelnen Kategorien“ die Worte substituirt: „die Dauer der Dienstzeit in den einzelnen Kategorien.“ In der Commission hat sich eine Ansicht geltend gemacht, aus welcher die unbedingte Verfassungsmäßigkeit dieses Paragraphen für die Majorität als erwiesen angenommen werden mußte. Diese Ansicht bestand darin, daß weder das Gesetz von 1867 noch die späteren gesetzlichen Bestimmungen eine Definition des Landsturms gegeben haben; für diese Definition müsse deshalb die frühere Gesetzgebung gelten. Man ließe sich zwar nicht leugnen, daß die Verordnungen des Jahres 1813, so wie vom 15. Mai 1815 einen gewissen Geist landesgesessenen Freischaarenthums athmeten, welchen das gegenwärtige Gesetz dem Landsturm nicht beilegt. In diesem landesgesessenen Freischaarengeist sei aber keineswegs der Begriff des damaligen Landsturmes zu suchen, sondern vielmehr dem Zwecke des gegenwärtigen Gesetzes entsprechend, welcher dahin geht, die Pflichten, die davon Betroffenen zu regeln, dahin aufzufassen, daß die gesetzlich geregelte Verpflichtung des Landsturms von damals maßgebend sein müsse für den Begriff, welcher diesem Worte beizumessen ist. Nun habe aber die Verordnung vom 21. April 1814 in ihren §§ 3, 9 u. 11 ganz ausdrücklich die Voraussetzung enthalten, daß der Landsturm zur Ergänzung des stehenden Heeres einberufen werden kann und mit dem Heere steht; nach dem § 2 des Gesetzes vom 17. Juli 1813 soll aus den Landstürmern eine Reserve für die Landwehr zu deren Ergänzung gebildet werden. — Der Art. 61 der Verfassung überträgt alle früheren preussischen Gesetze, zu denen auch die eben verlesenen gehören, auf das Reich unter den neueren Gesetzen steht in erster Linie das Wehrgesetz vom 9. November 1867, welches den Landsturm unverändert aufnimmt, und somit auch auf das Reich überträgt. Es schien deshalb der Commission nicht verfassungswidrig, den Landsturm mit der Landwehr möglicherweise zu verschmelzen; es lag aber nicht in der Absicht, diese Verschmelzung als die Regel abzustellen. Ein Irrthum ist es anzunehmen, daß der Landsturm durch diese Verschmelzung zu einer Landwehr zweiten Aufgebotes gemacht wird, vielmehr hat die Reichsregierung ausdrücklich erklärt, daß ein Bedürfnis zu einer solchen Formation zur Zeit nicht vorliege. Der Landsturm unterscheidet sich von der Landwehr zweiten Aufgebotes ganz wesentlich dadurch, daß derselben im Frieden keinerlei Verpflichtungen zur Controle oder zu sonstigen Übungen auferlegt sind, welche die Landwehr zweiten Aufgebotes früheren Datums hatte. Es wird eine Erleichterung für den Landsturm dadurch insofern herbeigeführt werden können, daß unter Umständen die Verschmelzung einzelner Landsturmpflichtigen, die einer Specialwaffe angehören mit den Körperkassen der Landwehr, die wehr- und widerstandsfähiger machen kann. Das Amendement Dunder entspricht im Wesentlichen dem Commissionsvorschlage, nur daß er statt der Bestimmung, daß in der Regel aus dem Landsturm besondere Truppenkörper zu formiren sind, hier eine Specialbestimmung aufnehmen will, welche in das Organisationsrecht des Kaisers eingreifeu sucht. Auf die Bildung und Organisation hat sich dieses Gesetz nach dem späteren § 6 nicht zu erstrecken.

Abg. Dand er: Mein Amendement bezweckt den Landwehrpflichtigen ein besonderes Kennzeichen zu verleihen, durch welches sie auch erkennbar sein sollen, wenn sie in die Landwehr eingereiht sind, was vielmehr dahin führen wird, daß sie bei ihrer Verwendung gegen den Feind mehr geschont und auch von diesem besser behandelt werden. Von viel größerer Tragweite ist allerdings der zweite Theil meines Amendements auf Streichung der beiden letzten Alinea dieses Paragraphen. Die Verfassung und das Wehrgesetz von 1867 stellt die Dauer der Dienstzeit auf 12 Jahre fest und insofern steht die Einstellung von Landsturmpflichtigen in die Landwehr mit beiden in Widerspruch. § 14 des Wehrgesetzes bestimmt nur, daß während der Dauer des Krieges der Uebertritt aus der Reserve in die Landwehr und der Austritt aus derselben beim Eintritte des gesetzlich dafür vorgesehenen Lebensjahres nicht stattfinden soll, daraus folgt aber keineswegs, daß man bei der Einstellung in die Landwehr auf Leute zurückgreifen kann, welche vor dem Kriege aus dieser bereits ausgeschlossen waren. Wir stehen also direkt vor einer Neuerung, so daß ich es mit dem Grafen Ballestrem für correct halte, für den Fall der Annahme dieser Bestimmung ausdrücklich auszusprechen, daß der Art. 59 der Verf. dadurch modificirt wird: aber abgesehen von diesen verfassungsmäßigen Bedenken muß ich mich zuvor fragen, ob wirklich ein Bedürfnis zu einer solchen Bestimmung vorhanden ist. Der Referent hat heute die Nothwendigkeit einer Landwehr zweiten Aufgebotes entschieden verneint, sollte aber die Regierung anderer Meinung

auf weniger Weite stand stoßen, als jetzt. Wenn man darauf hingewiesen hat, daß sein Inhalt gerade der Verordnung von 1813 über den Landsturm entspricht, so darf doch nicht vergessen werden, daß das kleine Preußen damals die härtesten Anstrengungen machte, die Fremdenherrschaft abzuwickeln, und außerdem die allgemeine Wehrpflicht eben erst eingeführt worden war, so daß damals nur verhältnismäßig wenig taugliches Material zu Gebote stand. Damals ließ sich die Ergänzung der Landwehr aus dem Landsturm allenfalls noch fertigen; heute, unter absolut veränderten Verhältnissen kann ich dazu ohne zwingende Gründe nicht meine Zustimmung geben.

**Abg. v. Bahl:** Wenn in einem Specialgesetz über den Landsturm ausgesprochen wird, daß es zulässig sein soll, Landsturmpflichtige unter Umständen in der Landwehr zu verwenden, so ist dies mit der Reichsverfassung sehr wohl vereinbar. Gerade von Seiten der Regierungsvertreter wurde auf diese Bestimmung das allergrößte Gewicht gelegt; dieselbe nur für einzelne Waffengattungen, wie Hr. Dunder wollte, festzusetzen, erschien bei dem Bedürfnis der gleichmäßigen Behandlung aller Landsturmpflichtigen nicht thunlich.

**Abg. v. Schorlemer-Mst:** Ich verkenne nicht, daß meine Opposition gegen § 5 mir leicht den Vorwurf der Reichsfeindschaft, ja sogar socialdemokratischer Sympathien eintragen kann, und ich schäme darum voraus, daß ich gegen derartige Vorwürfe sehr hartnäckig bin. Ich befreite, daß dieser § 5 mit der Reichsverfassung und dem Wehrgesetz von 1867 vereinbar ist, aber wenn dem selbst so wäre, so müßte ich der Majorität, welche diese Bestimmungen der Verfassung und des Wehrgesetzes zugelassen hat, die Verantwortung überlassen für die enorme Belastung des Landes, welche dieser § 5 zur Folge haben wird. Wenn der Landsturm in die Landwehr eingestellt werden kann, so wird man schon in Friedenszeiten für seine Bekleidung und Ausrüstung Sorge zu tragen haben, und falls die Ausgaben dafür nicht etwa schon stillschweigend im Militäretat steden, so werden sie sicher auf den künftigen Budgets erscheinen. Es fällt ferner damit den Gemeinden die schwere Last der Unterhaltungspflicht der Familien der Landsturmpflichtigen meist schon bei Ausbruch des Krieges zu, denn gewiß wird die Voraussetzung eines drohenden feindlichen Einfalls die allerweiteste Auslegung erhalten, so daß z. B. schon bei einer zu beschränkenden Landung der Landsturm einberufen werden wird. Mit der Einstellung in die Landwehr wird dann auch die Dislocirung der Landsturmpflichtigen in entfernte Landes-theile erfolgen. Wir fällt dabei das in der Commission vorgeschlagene Beispiel ein, daß es in einem Kriege notwendig wird, gleichzeitig gegen Osten und Westen Front zu machen, und nun sofort ein starkes Aufgebot des Landsturms, vielleicht in Höhe von 400,000 Mann erfolgt, welche die Festungsbesatzungen abgeben oder zum Schutze der Küsten dienen sollen. Der gegenwärtige Landsturm stellt in gar keiner Beziehung zu dem von 1813 und 1814, er muß mit der heutigen Verfassung und den übrigen Reichsgesetzen in Einklang gesetzt werden und die Motive der Regierungsvorlage sprechen es ganz deutlich aus, daß er nichts ist, als eine Landwehr zweiten Aufgebots für die Zeit vom 32.—42. Lebensjahre. Das steht allerdings in eigen-thümlichem Widerspruch mit einer früheren Aeußerung des Reichskanzlers. Derselbe sagte bei Gelegenheit der Debatte über die Armeeorganisation, Preußen habe einen zu kleinen Leib für seine Rüstung. Nun hat Preußen 1866 einen größeren Leib bekommen, aber auch die Rüstung ist viel größer geworden, und als sich 1870 der Leib abermals vergrößerte, so glaubte man endlich, daß er nun in die alte Rüstung passen und die gemessene Machtentwicklung eine Erleichterung des Volkes zur Folge haben würde. Statt dessen wird uns jetzt zugemuthet, eine neue Reserve von 200—400,000 Mann zu schaffen. Die Nachbarn müssen uns nothgedrungen auf den Weg, den wir eingeschlagen, folgen, und die Folge ist, daß ganz Europa in Waffen starrt und das Genie der Nationen sich erschöpft in Erfindungen zu Kriegszwecken. Dabei gleicht das Militärbudget dem Fraß der Danaiden, das nie angefüllt werden kann, während der Sädel der Steuerzahler schließlich erschöpft wird. Die ewige Vermehrung des stehenden Heeres bringt aber außerdem noch eine doppelte Gefahr mit sich, sie kann erstlich einen ehrgeizigen Staatsmann dazu verleiten, statt etwaige Differenzen auf friedlichem Wege auszugleichen, lieber einen kriechen, feindlichen Krieg zu beginnen, und dann zweitens in dem Volke die Hoffnung nähren, daß der nächste Krieg endlich die gewünschte Erleichterung bringt, so daß man sich mit dem Gedanken an einen solchen zu befremden beginnt. Ich sage das auf die Gefahr hin, daß der Abg. Kaster darin wieder einen der dunklen Wege erkennt, auf denen wir die Reichsregierung zu verdächtigen suchen. Ich meines Theils halte es für keine Verdächtigung, sondern für eine Pflicht des Volkvertreter, derartige Uebelstände offen hervorzuheben, habe aber im Uebrigen nichts dagegen zu erinnern, wenn der Abg. Kaster auch diesmal gegen uns in den Parlaments-Streber spielen will. (Große Unruhe links; Ruf: zur Ordnung.) — **Präsident v. Forckenbeck:** Ich möchte dem Herrn Redner doch empfehlen, derartige Wendungen möglichst zu vermeiden. — **Abgeordneter v. Schorlemer-Mst** (fortfahrend): Ich glaube nicht, daß meine Darstellung an Lebertreibung leidet, die Einstellung des Landsturms in die Landwehr wird in der That die von mir geschilderten Folgen haben. Ich erinnere Sie an die schöne Umschrift, welche in unserem Hohen das Medaillon Scharnhorst's schmückt: „Alle Bewohner sind die Verteidiger des Vaterlandes.“ Ich warne Sie, es durch Gesetze nicht dahin zu bringen, daß der Satz lauten würde: „Alle Bewohner sind gezwungen, die Verteidiger des Vaterlandes zu sein.“ (Lebhafter Beifall im Centrum.)

**Gen. v. Boigt-Rheg:** Dem von dem letzten Herrn Redner gewählten Spruch von Scharnhorst gegenüber möchte ich auf das Gesetz von 1814 verweisen, das an seine Spitze den Satz stellt: „Die gesammte organisierte Nation ist der beste und sicherste Schutz für den dauernden Frieden.“ Dieses Landsturmgesetz soll gewissermaßen, wie man sagt, eine Wiedergeburt des zweiten Aufgebots sein (Abg. Windthorst: Sehr richtig!). Dabei ist man ganz außerordentlich von richtigen Landsturm organisiren, der mit dem zweiten Aufgebot so viel Aehnlichkeit hat, wie Tag und Nacht. Das zweite Aufgebot beruht auf dem Gesetz von 1814, welches die Mannschaften von 33. bis zum 39. Jahre dazu bestimmte. Es war bis zur Reorganisation eine vollkommen ausgebildete Truppe wie das erste Aufgebot, wurde mit demselben bei Mobilisierungen gleichzeitig einberufen, weil das erste bestimmt war, in's Feld zu rücken, das zweite die festen Plätze zu besetzen. Jetzt haben wir die große Zahl von 293 Erprobataillonen, die eine gewisse Anzahl von Reserve-divisionen zu bilden und den Rest zur Besetzung von Festungen herzugeben haben. Wir brauchen also kein zweites Aufgebot. Für die Reserve-Divisionen wollen wir ebenfalls keine landsturmpflichtigen Mannschaften zur Completirung haben. In jedem Armee-corps sind zwei Landwehr-Erprobataillone gebildet, in welche die Leute eingestellt werden, die ihrem Lebensalter nach zur Landwehr gehören, aber augenblicklich nicht eingestellt sind, und 600 Mann aus der Erprobatreserve, welche der Landwehr angehören, und aus dieser Zahl werden die im Felde stehenden Truppen durch Nach-ersatz completirt. Wenn also hier davon gesprochen ist, der Landsturm solle in außergewöhnlichen Fällen die

aus dem großen Topf der Landsturmpflichtigen, die übrigens nicht auf 3—400,000 Mann, sondern auf ungefähr 2 Millionen zu berechnen sind, beliebig die Landwehr ergänzt werden soll, sondern man wird aus den Erprobataillonen den Ersatz hinschieben, und wenn es die Verhältnisse gestatten, aus den Landwehr-divisionen die Verstärkung jener Bataillone draußen vornehmen, wenn diese Erprobataillone erschöpft sind. Wenn man diese Erprobataillone schwächen wollte, ohne Ersatz zuzuführen, so würde das militärisch ganz unverständlich sein. Wir müssen die Bataillone stark erhalten, damit sie, für den Fall wir zurückgeworfen werden, im Stande sind, die Vertheidigung zu führen; sie müssen durch Mannschaften verstärkt werden, die kräftig genug sind und noch ausgebildet werden können; denn Rekruten in einer Festung sind weiter nichts als Massacre, das nichts nützt. Wir wollen, wenn das Vaterland von einer feindlichen Invasion bedroht ist, es vertheidigen, wir wollen uns aber nicht eine Heerde braver, patriotischer, aber unbrauchbarer Leute zusammenkommen lassen, die weiter nichts sind als Kanonenfutter, sondern wir wollen unter Vertheidigung aller Verhältnisse, die von Nutzen sind, unter Herausgabe der Waffen aus unseren Depots eine schlagfertige Truppe schaffen, die dem Abbruch dient, und die dem Feinde mindestens so viel Abbruch thut, wie sie selber erleidet. (Beifall.) **Herr Abg. v. Schorlemer-Mst** schiebt, daß das Gesetz eine starke finanzielle Belastung für das Reich zur Folge haben werde. Für diese Behauptung ist er aber jede Spur eines Beweises schuldig geblieben. Ich meine im Gegentheil, durch dieses Gesetz wird das Volk auch nicht um einen Silbergrößen mehr belastet. Ferner hat Hr. Abg. v. Schorlemer geäußert, wir werden sofort im Moment der Mobilmachung den Landsturm aufheben. Das wird jedoch nicht geschehen, weil dazu gar kein Bedürfnis vorliegt. Wir sind nach Annahme des Militärorganisationsgesetzes an lange mit allen Mannschaften versehen, wie wir sie brauchen. Der einzige Fleck, wo wir sie noch nicht haben, weil die Reorganisation noch eine junge ist, ist die Special-waffe. Nur da ist jetzt schon ein Bedürfnis vorhanden, wohl aber kann künftig, wenn ein Krieg, was sich nicht voraussehen läßt, einmal nicht 7 Tage, oder 7 Monate, sondern zwei, drei Jahre dauern sollte, so werden wir vielleicht in dem späteren Stadium des Krieges zu dem Landsturm greifen müssen. Hr. v. Schorlemer-Mst hat ferner davon gesprochen, daß ganz Europa in Waffen starrt werde. Wir thun den letzten Schritt. England hat eine wohlorganisirte Miliz geschaffen, Frankreich eine 20-jährige Dienstzeit angenommen und ist damit beschäftigt, neben der Feldarmee eine correspondirende große Territorial-armee zu organisiren und auch Rußland hat seine Landwehr vollkommen organisirt und wir werden Niemanden induciren, dieses Gesetzes wegen weitere Schritte zu thun. Ferner hat Hr. Abg. v. Schorlemer hervorgehoben, daß in der Hand eines kühnen Staatsmannes dieses Landsturmgesetz eine so formidable Armee herbeizuführen im Stande wäre, daß es ihn verleiten würde, eine äußerst offensive Politik zu treiben. Ich will dem Landsturm alle Ehre angedeihen lassen, ich hoffe sehr viel von ihm, aber um eine offensive Politik zu treiben, dazu ist er nicht geeignet. (Heiterkeit, Bravo!) Eine Vermehrung des activen Heeresstandes inwieweit die Organisation des Landsturms ebenfalls nicht. Was den „Militarismus“ anbelangt, von dem Herr v. Schorlemer gesprochen, so kann ich davon absehen. Durch eine vom Reich durch seine gesetzlichen Factoren wohl geordnete Organisation ist eben ein Gesetzeszustand, kein Militarismus, entstanden. Ich bitte Sie aber nicht, bloß die Anträge des Herrn Ballestrin, sondern auch die des Abg. Dunder abzulehnen. 1813 hat man die Landwehr und den Landsturm geschaffen und beiden dasselbe Erkennungszeichen gegeben, nämlich das Kreuz. Ich weiß nicht, aus welchem Grunde man jetzt dem Landsturm noch ein besonderes Erkennungszeichen geben soll, um ihn nur ja von der Landwehr zu unterscheiden. Ich kann nur dringend bitten, den § 5 nach den Commissionbeschlüssen anzunehmen, denn wir haben beim besten Willen nichts Besseres zu bieten vermocht. (Bravo.)

**Abg. v. Treitschke:** Die Herren vom Centrum sehen Gespenster überall am Himmel der deutschen Diplomatie; sie haben die unbestimmte Vorstellung, daß ein rastloser Ehrgeiz in unserm Kabinete arbeite, der sich gar nicht genug thun kann, dem Woloch des modernen Kriegsgottes immer neue Opfer an Geld und Menschen darzubringen. Von diesem Standpunkte aus ist es mir allein erklärlich, wie aus der Mitte des Hauses so lebhafteste Vorwürfe erhoben worden sind gegen ein Gesetz, das ich für das harmloseste und unbedeutendste der Militärgesetze halte, welche wir im Laufe der letzten Jahre beraten haben. Da ich dieses Mißtrauen gegen die Reichspolitik nicht theile, da ich nach dem Ergebnisse des Processes Arnim annehme, daß auch in der öffentlichen Meinung über den friedlichen Charakter unserer Staatspolitik kein Zweifel sein kann so darf ich es wohl aussprechen, ich stehe läßt bis an's Herz hinar ein dieses Gesetz gegenüber. Ich glaube, daß nach Annahme dieses Gesetzes der Zustand der deutschen Wehrkraft ungefähr derselbe sein wird, wie er war, dies ist auch offenbar die Ansicht der verbündeten Regierungen gewesen. Der vorletzte Redner scheint ganz vergessen zu haben, wie das Gesetz entstanden ist. Sind es etwa die Regierungen gewesen, welche zu diesem Gesetze die Initiative ergriffen haben, um durch ein neues Aufgebot deutscher Mannschaften den Nachbarn zu imponiren? Nein, wir waren es und gerade auch die Gegner der gegenwärtigen Reichsregierung waren es, welche den Antrag stellten, daß ein Gesetz über den Landsturm eingebracht werden solle. Es kam also von dem Vorwurf des kriegerischen Eifers und dergleichen gar nicht die Rede sein. Die vorgebrachten Rechtsbedenken gegen § 5 scheinen mir zu viel zu beweisen; denn entweder ist der ganze Landsturm verfassungswidrig, oder auch dieser § 5 widerspricht der Verfassung nicht. Nach der Verfassung selber ist die Gesammtheit der alten preussischen militärischen Institutionen auf das neue Reich übergegangen. Wie stellen sich denn die Herren unsere rechtliche Lage vor, wenn etwa das Landsturmgesetz nicht zu Stande käme? Das Ergebnis wäre einfach dies: der Landsturm ist nach dem Gesetze von November 1867 rechtlich vorhanden; käme der Feind in das Land und sähe sich die Regierung genöthigt, an ihre letzten militärischen Hilfsmittel zu appelliren, so müßte doch der Landsturm einberufen werden und dies kann doch eben nichts anderes sein, als jener preussische Landsturm von 1813 mit einigen Aenderungen, also jener Landsturm, der nach dem Gesetze dazu dienen mußte, die Landwehr im Nothfall zu completiren. Das wäre die Lage, wenn wir dies Gesetz nicht beschließen. Es ist also von irgend welcher Aufhebung neuer Verpflichtungen gar nicht die Rede. Die Absicht dieses Gesetzes ist lediglich, Zweifel zu beseitigen, einer möglichen Willkür von Seiten der militärischen Behörden vorzubeugen. Es hat mir einen tragikomischen Eindruck gemacht, wenn der Abg. v. Schorlemer mitten hier im ruhigen behaglichen Saale von den schweren Opfern, welche die Landsturmpflicht dem Bürger auferlegt, redete. Vor uns liegt ein Gesetz, von dem wir alle hoffen und die meisten wohl auch zuversichtlich glauben, daß wir sein In'sleben-treten bei unsren Lebzeiten niemals sehen werden. Seit mehr denn zwei Generationen sind so ungeheure Forderungen an die kriegerischen Leistungen der Nation niemals gestellt worden. Für jenen Fall der äußersten Noth aber, wenn der Bürger Alles an Alles setzen muß, ist es ganz und gar vergeblich, einige Gesetze aufzustellen,

die dann unbrauchbar mit Jagd getrieben werden, welche Macht der Welt wird, wenn der Feind mitten im Lande steht, einen kräftigen General verbünden, seine incompletten Landwehrbataillone aus dem Landsturm, den er gerade zur Hand hat, zu ergänzen. Weil in der socialistischen und ultramontanen Presse behauptet worden ist, es solle dem Volke von Neuem eine schwere Last aufgelegt werden, und man das Gesetz zu einem großen politischen Ereigniß aufgebauscht hat, so ist es dem Auslande gegenüber unsere Pflicht, ohne zu weit getriebene formalistische Bedenken der Regierung entgegenzukommen. Wir müssen dem Auslande gegenüber auch den Schein vermeiden, als ob wir nur im Entschertsten das erkünstelte Mißtrauen fremder Mächte und einzelner einheimischer Parteien gegenüber den ehrlichen friedlichen Absichten der Reichsregierung theilten. (Lebhafter Beifall.) **Abg. Reichensperger (Dpe):** Ich fühle kein Bedürfnis, die neuen Fassen zu charakterisiren, die dem Lande durch das Gesetz aufgelegt werden; daß dieselben aber doch in der That nicht so geringfügig sind, als dies der Vorreiner annimmt, scheint mir unabweisbar. Der Art. 53 der Reichsverfassung bestimmt, daß jeder wehrfähige Deutsche 7 Jahre dem stehenden Heere angehört und sodann noch 5 Jahre der Landwehr. Daraus folgt unzweifelhaft, daß ein Landwehmann, der wirklich 5 Jahre in der Landwehr gedient hat, fernerhin verfassungsmäßig nicht nochmals zur Landwehr eingezogen werden darf, auch wenn er später noch zum Aufgebot des Landsturms gehört. Ich beschränke also die verfassungsmäßige Ungültigkeit dieses Paragraphen auf diejenigen Mannschaften, die bereits 5 Jahre factisch in der Landwehr gedient haben, bei denjenigen Mannschaften aber, die noch gar nicht gedient haben, erkenne ich einen verfassungsmäßigen Hinderungsgrund, sie in die Landwehr einzustellen, nicht an.

Bei der Abstimmung über Art. 1 werden die Anträge Dunder und Graf Ballestrin gegen die Fortschrittspartei und das Centrum abgelehnt, und Art. 1 angenommen. Einkünfte wird die von Reichensperger (Dpe) vorgeschlagene redactionelle Verbesserung zu Art. 2 genehmigt und der § 5 der Commission mit der erwähnten Verbesserung in Alinea 2 in namentlicher Abstimmung mit 176 gegen 104 Stimmen angenommen. Mit der Minorität stimmen Herrmann und Hoffmann. — Auch die folgenden §§ 6—9 werden unter Ablehnung der Amendements angenommen. Das Ergebnis ist die unveränderte Annahme der Beschlüsse der Commission mit einer kleinen Verbesserung in der Redaction des § 5 Al. 2. — Nächste Sitzung Dienstag.

### Danzig, den 12. Januar.

Die Danzig-Gesetz-Commission ist sehr fleißig gewesen. Gestern waren es 8 Tage, seitdem sie in die Specialberatung der umfangreichen, diese so schwierige Materie behandelnden Regierungsvorlage eintrat, und spätestens morgen ist der Abschluß der ersten Lesung zu erwarten. So viel steht fest, daß das Danzig-Gesetz in dieser Session unzweifelhaft zu Stande kommt. Zwar ist es in der Commission zu sehr lebhaften Debatten gekommen, die seitenden Grundzüge des Gesetzes: Reichsbank, Contingentirung, Entschädigung, sind aber noch keinen Augenblick angezweifelt worden. Ein Zwiespalt herrscht nur über das künftige Verhältnis der Privatnotenbanken. Auf der einen Seite billigt man den Regierungsentwurf und geht von dem Standpunkte aus, daß den Privatbanken nicht unbedingt die ihren Geschäftsbetrieb erschwerenden Bedingungen und das schließliche Aufheben ihrer Concession zur Notenausgabe dictirt werden können, sondern daß sie durch Aufsehung von Beschränkungen bloß veranlaßt werden können, freiwillig sich dem neuen Bankgesetz zu unterwerfen, während man auf der andern Seite glaubt, dazu berechtigt zu sein, durch Gesetz ihnen die erschwerenden Bedingungen aufzuerlegen und das Ende ihrer Concession herbeizuführen. Zwischen diesen beiden Gesichtspunkten hat sich die Commission bis jetzt noch nicht entschieden; entscheidend wird dafür schließlich wohl die Stellung sein, welche die Regierungen in dieser Hinsicht einnehmen.

Der Reichstag hat gestern das Landsturmgesetz in zweiter Beratung im Wesentlichen nach den Anträgen der Commission mit Ablehnung fast aller gestellten Amendements genehmigt. Heute beginnt die Beratung des Reichs-schulgesetz. Der heftigste Kampf wird sich wohl über § 79 des Entwurfs (siehe den Leitartikel in heutiger Morgennummer) entspinnen. Selbst die „Kreuz Ztg.“ wundert sich heute über die darin enthaltene Concession an ihre Doctrinen. Sie nennt ihn einen „bemerkenswerthen Paragraph“, und nennt seine Aufstellung einen „unter allen Umständen bemerkenswerthen Vorgang“, womit sie wohl sagen will, daß ein ihr günstiger Wind in den oberen Regionen sich in dem wirklich merkwürdigen Paragraphen zu äußern beginnt. Doch merkt sie selbst sehr wohl, daß der Inhalt desselben gar nicht in das Gesetz gehört; das feurige Blatt schreibt nämlich: „Es wird gewiß Viele überraschen, in einem für das deutsche Reich bestimmten Gesetze einem so ausdrücklichen Hinweis auf „kirchliche Verpflichtungen“ zu begegnen, und man könnte die Frage aufwerfen, ob eine Bestimmung, über die an und für sich kein Zweifel sein sollte, und die auch in rechtlicher Beziehung keinem Zweifel unterliegt, noch als eine Art gesetzgeberische Mahnung an das deutsche Volk in das Gesetz hineingehört.“ Wir werden daasi an einem Artikel erinnern, in welchem Guido Weiß in der „Wage“ vor etwa 14 Tagen den bekannten Erlaß des Herrn Oberpräsidenten v. Horn vom 5. Dezember 1873 bespricht. Er leitete denselben folgendermaßen ein: „Das Gesetz vom 9. März d. J. wäre ein ernsthafter, schwerwiegender Gehalt, wenn er nur erst säher wäre. Aber man sehe sich doch nur die Entstehung dieses Gesetzes an, wie seine charakteristischste Bestimmung, die Ausschließung der Geistlichen von der Staatsbuchführung, nur „aus Bosheit“ vom Herrnhause eingefügt worden ist; man beachte, wie diese tiefgreifende Reform in die Welt hinausgeschickt worden ist fast ohne jegliche erläuternde Belehrung und Weisung — um jedes Landesgesetz-Rescript würden mehr Instruktionen und Reglements erlassen worden sein —; man höre endlich jenes über alle Maßen lächerliche Behlagen, daß die Pastoren — hätten sie wenigstens ihre Küster mit dem Klagegesange vorangehen lassen — über den Befall ihrer Gehilfen erheben. Dazu kommen nun die Sorgen höheren Ranges, um eine fortschreitende Entchristlichung des Volkes. Ihnen hat neuerlich ein hoher Beamter, der auch recht wohl weiß, was in Berlin an höherer Stelle wohlgefällig aufgenommen wird und was nicht, der Oberpräsident von Königsberg i. Pr., Ausdruck gegeben in einem Astenstücke, so sehr, so bezeichnend, daß es

wahrlich schade wäre, wenn diese Worte in dem Staube, den das Spectakelstück Arnim jetzt aufwirft, sich verträumelten.“

Wir glauben damals, daß der geistvolle demokratische Schriftsteller, welcher seine Wochenschrift, wie er sagte, in der wenig blühenden Absicht gründete, um uns „Wasser in den Wein zu gießen“; nur aus Schwarzseherei so urtheile. Die Debatten des Reichstages werden hoffentlich zeigen, ob wir Recht hatten.

Wie man uns berichtet, wird in dem preussischen Etat (dessen sofortige Vorlage leider wieder zweifelhaft geworden ist) in ausgedehnter Weise die Verbesserung der Lage der Geistlichen gesorgt werden. Außer der Position behufs Entschädigung für den in Folge des Civilstandsgesetzes erlittenen Ausfall wird nämlich noch eine andere, betreffend Erhöhung des Minimalgehalts von 600 auf 800  $\mathcal{M}$ . in das Budget eingestellt werden.

Don Carlos hat es für nöthig befunden, ein pomphaftes Manifest gegen seinen Better zu erlassen, ein Beweis, wie sehr seine Lage durch die Proclamation Alfonso's gefährdet ist. Der uns telegraphisch übermittelte Inhalt des Manifestes kann wohl nur dazu dienen, die Stellung seines Gegners zu befestigen.

Mac Mahon wird, wie sich jetzt zeigt, wieder vollständig durch den intriganten Broglie geleitet. Dieser will es auch unternehmen, ein neues Cabinet zu bilden, in welchem alle conservativen Parteien vertreten sein sollen; vorher soll aber die Beratung der constitutionellen Gesetze stattfinden. Broglie, der am 16. Mai durch das Votum der Nationalversammlung über dieselben Vorlagen gestützt wurde, will sich nicht noch einmal einer sichern Niederlage aussetzen. Ob Broglie's Plan gelingen wird, hängt davon ab, ob sich die Legitimisten noch einmal von ihm in's Garn locken lassen; denn ohne sie bekommt er keine Majorität zusammen. Ein neues Programm soll ihnen als Lockspeise hingehalten werden.

### Deutschland.

**Δ Berlin, 11. Jan.** Im Bundesrathe regt sich, dem Vernehmen nach, lebhafter Widerspruch gegen die Reichstagsbeschlüsse über das Natrvalleistungsgesetz und zwar wegen der Erhöhung des Verpflegungsgesetzes von 7% auf 10 Sgr.; man hält diese Erhöhung für zu hoch und namentlich in einzelnen Landestheilen für unerschwinglich. Es dürfte in dieser Beziehung insofern bis zur dritten Lesung ein Vermittelungs-vorschlag angenommen werden. Das Zustandekommen des Gesetzes ist jedenfalls gesichert. — Die Ausdehnung der Debatte über das Civilheirathsgesetz hängt lediglich davon ab, wie weit das Centrum dagegen opponirt, die Majorität hat in keiner Weise Neigung zu längeren Debatten, bei denen es sich nur um Wiederholungen der bereits stattgehabten Erörterungen handeln kann. Seitens der Majorität werden hauptsächlich Modificationen gegen die Bestimmungen über den Consens (§§ 28—31) zu erwarten sein. Der Abgeordnete Rinn bereitet Anträge vor, welche sich auf die Einführung der Todesurachen in die Erbverhältnisse der Civilstandsrichter beziehen. Eine derartige Einrichtung ist von den Gesundheitspflege-Vereinen lebhaft angeregt worden. Sie hängt auch mit dem Leichenschaugelege zusammen, dessen Erlaß die Reichsregierung beabsichtigt.

— Fürst Bis marck befindet sich auf dem Wege der Besserung — sein neuestes Unwohlsein war die Folge einer Erkältung; — doch ist ihm von den Aerzten Schonung auferlegt worden, weshalb auch bisher neue Einladungen zu den parlamentarischen Solrosen des Fürsten noch nicht ergangen sind.

— Der deutsche nautische Verein, welcher im nächsten Monat hier wie gewöhnlich seine Jahresversammlung abhalten wird, hat auf seiner Tagesordnung die folgende Gegenstände: Patrosenmangel, Schulschiffe, Lichtfeuer, Nebelsignale, Stauung von Getreide auf Seeschiffen. Die Bezirksvereine, welche sich seiner Organisation angeschlossen haben, verhandeln gegenwärtig, ein jeder unter sich, über diese Fragen. Dabei zeigt sich über die augenblicklich brennendste Frage, die der Einrichtung von Schulschiffen, noch große Meinungsverschiedenheit. Während der Bremer Verein sich nach längerer Beratung in begrenzter Weise für Schulschiffe entschieden hat und die Vereine zu Vegesack, Elmstedt, Brake und Kiel auf seine Seite getreten sind, will eine Commission des Hamburger Vereins sowohl wie der Verein zu Bremen nichts davon wissen. Letzterer kommt statt dessen auf den Schiffsjungenwag zurück, der früher im Bremer Staatsgebiet bestand, d. h. die Verpflichtung des Rheders, jedem ausgehenden Schiff einen oder mehrere Schiffsjungen mitzugeben. In Betreff der Getreidestauung gehen die Interessen der Nordsee und der Ostsee wieder einmal stark auseinander, da auf letzterer meist nur kleinere Schiffe verkehren.

— Die Krankheit des General-Telegraphen-Directors, Generalmajor Meydan, welche ihn bereits seit fast 4 Wochen auf's Lager geworfen, nahm in den letzten Tagen eine sehr schlimme Wendung und giebt Grund zu ernstlichen Besorgnissen für das Leben des Erkrankten. Mit der interimistischen Leitung der General-Telegraphen-Direction ist der Gehelme Ober-Regierungsrath Elsässer betraut.

— Am vergangenen Sonnabend zahlte die R. Münze hier selbst zum ersten Male ihre Arbeiter nach dem neuen Marksystem aus. Als große Münze wurden hauptsächlich Fünf-Markstücke ausgegeben.

### Frankreich

Paris, 9. Jan. Heute wurden in einem großen Theil der Kirchen von Paris wie von ganz Frankreich Messen zu Ehren des verstorbenen Kaisers Napoleon III. gelesen. In der Kirche Saint Augustin fand die Hauptfeier oder vielmehr Hauptdemonstration von 12 bis 1 1/2 Uhr statt. Die Zahl der mit Weichen geschmückten Frauen und Männer, die sich eingefunden, war größer als letztes Jahr, und man kann die Menge auf über 12—15,000 Mitglieder beider Geschlechter schätzen. Von halb 12 Uhr an war die Kirche bereits so überfüllt, daß Niemand mehr Zutritt erhielt und die große Masse auf der Straße harren mußte. Natürlich verließ Reiner den Platz, damit Jebermann erfahre, wie groß noch die Zahl der getrennen Imperialisiten sei. Unter der Menge selbst herrschte

die größte Zuerkennung auf die Bonapartistische Sache; diesfalls wurde die Ansicht laut, daß die napoleonische Idee „große Fortschritte mache, daß die Bourbonnais bereits gewonnen seien und daß, falls man heute ein Plebisit anordne, nicht allein das Landvolk, sondern auch die Stadtbewohner für Napoleon IV. stimmen würden. Der Glaube, daß Napoleon IV. bald zurückkehren werde, war übrigens unter der ganzen Menge verbreitet. Die Polizeidiener waren äußerst höflich. Unter den Anwesenden befanden sich alle Notabilitäten, natürlich auch Kourier. Von der ex-litae Familie waren anwesend die Prinzessin Mathilde, die Prinzen Joachim und Achille Murat, so wie der Prinz Napoleon, den aber die Imperialisten absichtlich zu meiden schienen. Die Ex-Königin Isabella, die bei solchen Gelegenheiten sich sonst immer eingefunden, fehlte dieses Mal. Sie hatte sich von ihrem ersten Kammerherrn, dem Herzog v. Conquista, vertreten lassen. Es hiess, sie sei in Folge des letzten spanischen Ereignisses noch zu angegriffen. Als nach beendeter Messe die hochgestellten Bonapartisten an der Thüre der Kirche erschienen, entblühte ein großer Theil der auf der Straße Harrenden das Haupt, doch kein Ruf wurde gehört, wie denn auch die ganze Feste ohne jegliche Störung verlief. Die bonapartistischen Blätter sind heute mit schwarzem Rand erschienen.

Unter den Petitionen, welche die National-Verammlung gestern im Papierkorb begrub, war eine, welche die Kammer aufforderte, „nicht durch bloße Worte, sondern durch einen formellen Act“ gegen die Besetzung Rom's durch die Italiener zu protestiren! — Der Pfarrer Santa Cruz scheint auf dem Rückwege nach Spanien zu sein. Er war gestern in Rom. — Die „Semaine religieuse“ zeigt an, daß der Cardinal-Erzbischof für die Erzbischofe die sogenannten Gebetsvereine genehmigt habe. Die „Corresp. Savas“ bemerkt dazu: „Die Aufgabe dieser Vereine soll darin bestehen, den Unglauben und die Irreligiosität gewisser Klassen der Einwohner zu beten.“

**Spanien.**  
Nach Berichten aus San Sebastian ist am 7. d. M. die Stadt Astigarraga, an der Straße von Irun nach Tolosa ungefähr in der Mitte dieser Strecke gelegen, von Neuem mit Proviant und Munition versehen worden. Die ganze Brigade Blanco, von Loma selbst geführt, deckte den Transport. Die Carlisten setzten nur geringen Widerstand entgegen, und entsprechend klein waren auch die Verluste der Armee.

**Italien.**  
Rom, 6. Jan. Seiber erlebt die Affaire von Villa Ruffi stets neue Auflagen. Fast täglich sehen wir die Gerichte Urtheile erlassen, wonach kein Grund vorhanden sei, gegen gewisse Angeklagte einzuschreiten, welche entweder der Theilnahme an der „Internationalen“ oder der Conspiration gegen die monarchisch-constitutionelle Ordnung beschuldigt waren. So wurde gestern durch eine Sentenz des Tribunals von Trani der Fr. Enrico Brignami aus Lodi frei, nachdem er viele Monate hindurch gefangen gehalten wurde, und heute durch Urtheil des Tribunals von Lucca die Herren Ugo Noceri und Ugo Bagnoli, nachdem sie fünf Monate hindurch unschuldig im Gefängnis gehalten worden waren.

7. Jan. Nach der Mittheilung des Präsidenten des römischen Gerichtshofes erreichten in der Provinz Rom die während des abgelaufenen Jahres angelegten Verbrechen (reati) die hohe Zahl von 23,140, darunter 161 Morde. Alle Welt staunt, am meisten die Clerikalen. Es war aber unter dem vorigen Regime nicht besser, was sich aus den ordini di arresto des General-directoriums der Polizei leicht nachweisen ließe. Allein man erfährt nichts Näheres darüber, denn so oft der Advocat Marchetti eine Statistik der begangenen Verbrechen veröffentlichen wollte, trat ihm Monsignor Governatore di Roma mit einem Veio entgegen.

**England.**  
London, 11. Jan. Die Kohlengrubenbesitzer in Northumberland haben beschlossen, die Arbeitslöhne um weitere 20 % herabzusetzen. — Der Prinz Louis Bonaparte wird am 22. d. M. sein Schlußexamen in Woolwich ablegen.

**Türkei.**  
Constantinopel, 9. Jan. Ein Circular des Großveziers an die Provinzial-Gouverneure begleitet den Text des Gesetzes über das neue Unterthanen-Verhältnis. Darin werden erstlich Eben zwischen Persern und Osmanen unterzogen, zweitens die widerlichen Beamten für die Duldung jeder Zwangsverhandlung verantwortlich gemacht und drittens alle solchen Eben entprossenen Kinder als ottomanische Unterthanen behandelt und der militärischen Conscriptio, sowie allen anderen Staatslasten unterworfen.

**Danzig, 12. Januar.**  
Gestern hielt im Bildungs-Verein Herr Lehrer Gebauer einen lehrreichen culturgeschichtlichen Vortrag über die Leichenverbrennungen bei den verschiedenen Völkern des Alterthums und die sanitäre Bedeutung der neuerdings wieder angeordneten Feuerbestattung. Die Versammlung gab ihr Einverständnis, namentlich in letzterer Beziehung, durch lebhaften Beifall zu erkennen. Die Frageantwortung bot nichts von Erheblichkeit.

**Verichtigung.** In dem Referate über das Sinfonie-Concert in der heutigen Morgenzeitung haben sich einige unrichtige Stellen durch Druckfehler eingeschlichen. Es muß heißen: „Tretta“ eines Opernfinale's statt „Tretta“. Ferner ist die Mozart'sche „Amnuth und Geschwindigkeit“ in „Geschwindigkeit“ zu verbessern. Die „Geschwindigkeit“ könnte hier höchstens auf die schnellere Tempi des Abends Bezug haben. M.

Den Stabsärzten der Landwehr vom 1. Bataillon Landwehr-Regiments Nr. 45, DDr. Funk und Sach s ist der Abschied bewilligt.  
Gestern Abend um 7 Uhr entfiel in dem Hause Hundegasse No. 124 wiederum dadurch Feuer, daß man beim Aufhängen der Wasserleitung die Verpackung der Röhren in Brand steckte. Um 1/2 10 Uhr Abends gerieth das holländische Schiff „Enthoven & Zoon“, Capt. Stomp, auf der Wolltau am Langtauf-Speicher liegend, in Brand. Das Feuer wurde von der herbeigeeilten Feuerwehr unter Anwendung eines Druckwerkes in kurzer Zeit bewältigt und blieb zum Glück auf die Cajüte beschränkt. Entstanden ist der Brand durch Ueberheizung eines eisernen Ofens.  
Dem Hofmeister Küster zu Marienwerder ist der Rang eines Regierungsraths beigelegt worden.  
— 8. Stab m. 11. Jan. In der letzten Nummer unseres Kreisblattes sind die den Stabsbeamten, welche zur Führung des Stabsamts geschickt nicht

verpflichtet sind, so wie die den Amtsvorstehern des Kreises zuzurechnenden Remunerationen veröffentlicht worden. Der höchste den Stabsbeamten gewährte Satz, wovon dieselben event. den Stellvertreter noch zu honoriren haben, beträgt 132 Mark. Zur weiteren Erleuchtung dieser Frage hat der Kreis-Ausschuß auch den gesetzlich zur Führung des Stabsamts verpflichteten Personen eine ziemlich in derselben Höhe laufende Entschädigung zugesprochen, welche von dem Stabsamtsbezirk nach der Seelenzahl auszubringen ist. (Hat der Kreis-Ausschuß so beschlossen, so hat er einen Beschluß gefaßt, dem jede gesetzliche Grundlage fehlt. Wenn man den Stabsbeamten eine Entschädigung zahlen will, kann das nur aus den Mitteln geschehen, die der ganze Kreis aufbringt. Die Eintheilung in „Stabsamts-Bezirke“ hat mit der Kreisordnung gar nichts zu thun. Der Stabsamtsbezirk als solcher kann nicht besonders Steuern unterworfen werden. Ueberdies würde eine solche Befreiung auch gegen das Civilstandsgesetz selber sein. Denn dieses bestimmt die Unentgeltlichkeit der Acte vor dem Stabsbeamten und der Führung der Stabsregister und diese Unentgeltlichkeit hört offenbar auf, wenn die Einnahmen eines Stabsamtsbezirks für die Kosten des Stabsamts durch eine eigene Steuer einzuzogeln werden sollen. Die Red.) — Den Amtsvorstehern hat man die bisherigen Pauschquanten etwas beschnitten. Man entschädigt ihnen jetzt die Kosten für ein Dienstoffizial, die Ausgaben für Licht, Heizung, Schreibmaterial und Schreibzeuge und vergütet ihnen die Dienstreisen. Diese Pauschquanten bewegen sich in den Grenzen von 123—600 R., je nach der Größe des Amtes. Darin sind indes eben nicht die bei der Amtverwaltung zu leistenden Ausgaben für Porto, den Amtsdienst und die Unterhaltung des Amtsgeländnisses einbezogen. — Die Vorwerke Mienthen und Samalibrogga sind zu einer Dörflchen, welcher der Name Mienthen beigelegt ist, vereinigt und von dem Ortsbezirk Waplig geschieden worden. — Die hieher von dem hiesigen Bürgermeister ausgeübte Local-Inspection über die katholischen Schulen in Pestlin, Bultowitz und Kgl. Mendorf ist jetzt dem Sanitätsrath Dr. Sesse übertragen, nachdem die K. Regierung erfahren auf seinen Antrag von der Verwaltung dieses Amtes entbunden hat.

**Schweiz, 11. Jan.** Obwohl die Viehprieße in Folge Futtermangels um 25 bis 30 pCt. heruntergegangen sind, so zahlen wir dennoch nach wie vor für Fleisch dasselbe. So kostet hier 1 Pfd. Rindfleisch 4 Sgr., das Pfd. Schweinefleisch 5 Sgr., Preis, wie sie selbst in größeren Städten heute nicht mehr gefordert werden. Die Mandel Eier kostet 12 Sgr., 1 Pfd. Butter 10—13 Sgr. Trotz des billigen Weizens ist auch die Semmel nicht ein Gramm schwerer geworden, dasselbe gilt vom Brode. — Vom 1. Januar c. ab börte in den hiesigen evangelischen Kirche das Einnehmen der Pfingstgaben durch den Klingbeutel auf. Um jedoch den Anfall in der Kirchencasse zu decken, sollen an der Hauptthür 2 Opferkasten zu freiwilligen Gaben eingerichtet werden. Das Eis an der Fabre bei Culm ist nunmehr so stark, daß seit einigen Tagen Postwagen passiren dürfen.

**Culm, 11. Jan.** Auf dem Kreisstage am 19. v. M. sind unter Anderem folgende Beschlüsse gefaßt worden: Der Etat für die Kreis-Communal-Kasse pro 1875 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 168,100 R. festgestellt. Die Unterhaltungskosten der Chausseen sollen von 1876 ab derart festgestellt werden, daß die Chausseebau-Commission die einzelnen Chausseestrecken mit dem Techniker bereist und feststellt, welche Strecken einer Reparatur bedürfen. — Die Bewilligung einer jährlichen Beihilfe für die in Dr. Stargardt errichtete Präparanden-Anstalt wurde abgelehnt. — Der Bau einer Chaussee vom Bahnhof Wallig bis zur Straßburg Kreisgrenze wurde wiederholt abgelehnt. — Der Abänderung der Kreisgrenze bei Adlich-Ruda, wie solche durch den königl. Commissar, projectirt ist, wurde die Zustimmung ertheilt.

— Infolge des Frostes kommen auf der Bahn jetzt häufiger Reifensprünge und mehr oder weniger gefährliche Entgleisungen vor. Eine Entgleisung hat auch in der Nacht zu Sonntag zwischen Bartenstein und Olommen stattgefunden.

**(Eingefandt.)**  
Das Project, eine Erdölrefinerie, Syrup-, Trauben- und Zuder-Condens-Fabrik in Danzig auf Actien zu bauen, kam vor drei Jahren nicht zu Stande, weil die Capitalisten sich ungenügend theiligten. Die ganze Erdölrefinerie, die in der Provinz Preußen gewonnen wird, muß daher nach wie vor über deren Grenze, größtentheils nach Frankfurt a. M. verschifft werden und trägt die Bahnfracht mindestens 5 Sgr. pro Centner mehr, als sie nach Danzig kosten würde. Nimmt man an, daß in der Provinz 30 Starksfabriken arbeiten und im Durchschnitt jede jährlich 2000 T. Stärke macht, so beträgt dies 60,000 T. mal 5 Sgr., oder 10,000 R., die Binsen von 200,000 R. zu 5%. Mit diesem Capitale wird nicht nur obige Fabrik, die 60,000 bis 80,000 T. Stärke jährlich verarbeiten kann, hergestellt, sondern auch vollständig im Betriebe erhalten. Die wilde überlebte Gründungszeit, mit ihren unbegrenzten Verlusten, hat zwar vor leichtsinniger Capital-Anlage zurückgeschreckt, jedoch um so mehr den dringenden Wunsch nach sicheren Geschäften, nach solidem Zins regte gemacht. Den Capitalisten bietet sich hier ein einem Grobhandels-Blage ein Unternehmen, durch das Handelsartikel, die gangbare Nahrungsmittel im In- und Auslande sind, fabricirt werden, eine Capital-Anlage, die die ersparte Bahnfracht solide verzinst. Wäre es da nicht an der Zeit, das Project von Neuem aufzunehmen? — ch-

**Bermischtes.**  
Der Postamts-Assistent Herr Sellwig in Pauenburg in Pomm. hat einen Auszug aus der neuen Post-Ordnung vom 18. December 1874 aus dem neuen Post-Tarif, gültig vom 1. Januar 1875 herausgegeben. Die erste Auflage von 950 Exemplaren ist schnell vergriffen worden, so daß eine zweite Auflage jetzt erschienen ist.

**Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.**

**Berlin, 12. Januar. Angelommen Abends 4 Uhr.**

Waren	Preis	Waren	Preis
Weizen gelber	182,50	185	105,70
April-Mai	153	153	91
April-Mai	146	147,50	86,60
April-Mai	144,50	146	96
Petroleum	25,50	26	101,30
200 H.	55,50	56	66
Kübbelw. v. m.	55,50	56	228
Spiritus	55,40	55,60	548
Januar	57,20	57,30	35
April-Mai	91	91,10	35,70
unp. Sch. u. II.			100,70
			415,50
			43,50
			69,20
			283
			282,60
			182,90
			183,4
			20,27
			67,55

**Frankfurt a. M. 11. Jan. Effecten-Societät.**  
Creditactien 203%, 1860er Loose 113%, Franzosen 272%, Galzler 220%, Lombarden 114, Silberrente 68%, Elsbahnbahn 172%, Biemlich fest.

**Hamburg, 11. Januar. [Productenmarkt.]**

Weizen loco still, auf Termine matt. Roggen loco still, auf Termine matt. Weizen 7er Januar 126 1/2, 1000 Kilo 190 Br., 183 Gd., 7er Januar-Februar 126 1/2, 191 Br., 190 Gd., 7er April-Mai 126 1/2, 188 Br., 187 Gd., 7er Mai-Juni 126 1/2, 188 Br., 187 Gd. — Roggen 7er Januar 1000 Kilo 160 Br., 158 Gd., 7er Januar-Februar 160 Br., 158 Gd., 7er April-Mai 150 1/2 Br., 149 1/2 Gd., 7er Mai-Juni 150 1/2 Br., 149 1/2 Gd. — Hafer und Gerste still. — Kübbel matt loco und 7er Januar 56, 7er Mai 200 1/2, 57. — Spiritus ruhig, 7er 100 Liter 100 % 7er Januar 44, 7er Februar-März 44, 7er April-Mai 45 1/2, 7er Mai-Juni 46. — Kaffee ruhig, geringer Umsatz. — Petroleum matt, Standard white loco 11,80 Br., 11,70 Gd., 7er Januar 11,70 Gd., 7er Januar-März 11,30 Gd., 7er August-Debr. 12,25 Gd. — Wetter: Schön.

**Amsterdam, 11. Januar. [Getreidemarkt.]** (Schlußbericht.) Weizen loco geschäftslos, 7er März 270, 7er Mai 273, 7er Novbr. 280. — Roggen loco unverändert, 7er März 189, 7er Mai 183 1/2, 7er Juli 185 1/2, 7er October 186 1/2. — Kübbel loco 32 1/2, 7er Frühjahr 33 1/2, 7er Herbst 35.

**London, 11. Jan. [Getreidemarkt.]** (Schlußbericht.) Unter englischer Weizen matt, geringerer 1 bis 2% niedriger, Kaffee und Mahlgeste je 1/2 Mais 1% billiger, Hafer 1/4—1/2% höher gegen die Preise vom letzten Montag. — Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 18,524, Gerste 26,797, Hafer 48,368 Dtrcs. — Wetter: Schön.

**London, 11. Jan. [Schluß-Course.]** Consols 92 1/2, 5% Italienische Rente 66 1/2, Lombarden 11 1/2, 5% Silber der 1871 100 1/4, 5% Russen de 1872 99 1/2, Silber 57 1/2, Türkische Anleihe de 1865 45 1/2, 6% Türken de 1869 55 1/2, 6% Vereinigt. Staaten 7er 1882 103 1/2, 6% Vereinigt. Staaten 5% fundirt 103 1/2, Oesterreichische Silberrente 67 1/2, Oesterreichische Papierrente 63 1/2, 6% ungarische Schatzbonds 91 1/2, — Magdalen 4 1/2 % — Rubig.

**Liverpool, 11. Jan. [Baumwolle.]** (Schlußbericht.) Umsatz 18,000 Ballen, davon für Speculation und Export 5000 Ballen. — Middling Orleans 7%, middling amerikanische 7%, fair Dholerab 5%, middl. fair Dholerab 4%, good middl. Dholerab 4 1/2%, middl. Dholerab 3 1/2%, fair Bengal 4, fair Broad 5 1/2%, new fair Domra 5 1/2%, good fair Domra 5 1/2%, fair Madras 4 1/2%, fair Bernam 3, fair Smyrna 6 1/2%, fair Egyptian 8%. — Etzig. Surats frummer. Verschiffungen ruhig, äußerste Sonnabend-Preise schwer zu erhalten.

**Paris, 11. Jan. [Schlußcourse.]** 3% Rente 62, 25. Anleihe de 1872 100, 3 1/2% Italienische 5% Rente 66, 65. Italienische Tabak-Actien — Franzosen 67 1/2, 25. Lombardische Eisenbahn-Actien 287, 50 Lombardische Prioritäten 244, 00. Türken de 1865 43, 17 1/2. Türken de 1869 287, 50. Türkenloose 123, 75.

**Paris, 11. Jan. Productenmarkt.** Weizen ruhig, 7er Januar, 7er Februar und 7er März-April 25, 25, 7er Mai-August 26, 00. Weizen matt, 7er Januar und 7er Februar 53, 00, 7er März-April 53, 25, 7er Mai-August 55, 50. Kübbel weiden, 7er Januar 76, 00, 7er März-April 77, 00, 7er Mai-August 78, 00, 7er Septbr.-Debr. 79, 50. Spiritus beipht, 7er Januar 52, 00, 7er Mai-August 55, 00.

**Petersburg, 11. Jan. [Schlußcourse.]** Londoner Wechsel 3 Monat 33 1/2, Hamburger Wechsel 3 Mon. 285 1/2, Amsterdamer Wechsel 3 Mon. 164 1/2, Pariser Wechsel 3 Monat 349 1/2, 1864er Prämien-Anl. (gest.) 192, 1866er Präm.-Anl. (gest.) 190, 1/2 Imperial 5, 91. Große russische Eisenbahn 150, Russische Bodencredit-Pfandbriefe 103. — Productenmarkt. Talg loco 48, 25, 7er Ansat 48, 75. Weizen 7er Mai 10, 25, Roggen 7er Mai 7, 00. Hafer loco 5, 00, 7er Mai 4, 75. Hafer loco — Feinsaat (9 Bund) 7er Mai 13, 00. — Wetter: 11 Grad Rülte.

**Antwerpen, 11. Januar Getreidemarkt.** (Schlußbericht.) Weizen ruhig. — Roggen matt, Delsa 18 1/2, — Hafer behauptet. — Gerste stetig. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 26 bez., 26 1/2 Br., 7er Januar 26 Br., 7er Februar 26 Br., 7er März 26 1/2 Br., 7er September 30 Br. — Weiden.

**Danziger Börse.**  
Amtliche Notirungen am 12. Januar.  
Weizen loco sehr flau, 7er Tonne von 2000 K. fein glask u. weiß 184-189 1/2, 204 222 K Br. hochbunt . . . 132 135 1/2, 201 210 K Br. hellbunt . . . 130-133 1/2, 195 204 K Br. 175-198 bunt . . . 126-131 1/2, 185 195 K Br. K bez. roth . . . 182 187 1/2, 174 183 K Br. 126-134 1/2, 156 180 K Br. orbinar  
Regulirungspreis 126 1/2 bunt lieferbar 187 K Auf Lieferung 126 1/2 bunt 7er April-Mai 191 K Br., 7er Juni-Juli 198 K Br. Roggen loco fester, 7er Tonne von 2000 K. 125 1/2, 153 1/2 K.  
Regulirungspreis 120 1/2 lieferbar 148 K Auf Lieferung 7er April-Mai 153 K Br. Gerste loco 7er Tonne von 2000 K. große 116 1/2, 113 1/2, 168 K.  
Spiritus 7er 10,000 % Liter loco 53, 25 K.  
Frachten vom 3. bis 10. Januar.  
Für Holz 7er Frühjahr St. Nazaire sichte Balken 37 1/2 % und 15% 7er Last von 80 Cubiffuß. Melasse in Petroleumfässern 48 Frez. 7er eingenommene 2000 B. R. nach Bordeaux. Ab Bordeaux 8 1/2 Fr.-Crt. und 15% 7er eingenommene To. von 4 Dr.-hoft Wein.  
Wechsel- und Fondscourse. London, 3 Tage 20, 45 Gd., do. 3 Mon. 20, 27 1/2 Gd. Amsterdam, 8 Tage 178, 95 Gd., do. 2 Mon. 172, 85 Gd. Paris, 8 Tage 81, 35 Gd. 4 1/2 % Preuß. Consolidirte Staats-Anleihe 105, 75 Gd. 3 1/2 % Preussische Staatsanleihe 99, 62 Gd. 8 1/2 % Westpreussische Pfandbriefe, alterschafflich 86, 22 Gd., 4 % do. do. 95, 76 Gd. 4 1/2 % do. do. 101, 50 Br. 5 % Danziger Versicherungs-Gesellschaft „Gehania“ 95 Br. 5 % Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 99, 50 Br. 5 % Pommersche Hypotheken-Pfandbriefe 99, 50 Br. Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

**Danzig, 12. Januar 1875**  
Getreide-Börse. Wetter: feucht und mäßiges Thaumeter. Wind: W.  
Weizen loco verkehrte in Folge der matten englischen Depeschen am heutigen Markte wieder in sehr flauer und lustloser Stimmung; unsere Exporteure hielten sich ganz zurück, und dasjenige, welches von der mäßigen Zufuhr verkauft werden mußte, konnte nur sehr schwer und auf's Neue billiger als gestern placirt werden; 120 Tonnen sind verkauft, Mehreres sollte unverkauft zurück. Bezahlt ist Sommer 131, 133, 135/36 1/2, 176 K, hellbunt 128 1/2, 184 K, 131 1/2, 186 K, hochbunt und glask 132 1/2, 190 K, 135 1/2, 196, 198 K, weiß 127 1/2, 186 K 7er Tonne. Teine loco, April-Mai 191 K Br., Juni-Juli 198 K Br. Regulirungspreis 187 K.  
Roggen loco fester, 120 1/2, 140, 150 K, 125 1/2, 153 1/2 K, 7er Tonne ist bezahlt Umsatz 55 Tonnen. Termine geschäftslos. April-Mai 153 K Br. Regulirungspreis 148 K — Gerste loco große 111, 113 1/2, 168 K 7er Tonne bezahlte. — Spiritus loco ist zu 53, 25 K 7er 10,000 Liter % verkauft.

**Productenmärkte.**  
Rönigsberg, 11. Januar (v. Portatius & Grothe)  
Weizen 7er 1000 Kilo hochbunter 128 1/2, 183 1/2, 130 1/2,

181 1/2, 132/3 1/2, 183 1/2, 133/4 1/2, 185 1/2, ruff. 124 1/2, 195, 133 1/2, 190 K bez., bunter 130 1/2, 177 1/2, ruff. 126 1/2, 174, 130 1/2, 169 1/2, 127 1/2, 171 1/2, 128 1/2, 176 1/2, 128 3/8, 178, 130 1/2, 177 1/2, 131 1/2, 179, 132 1/2, und 133 1/2, 180, 133 1/2, 178 K bez., rother 129/30 1/2, 130 1/2, 174, 130 1/2, und 134 1/2, 178 1/2, ruff. 122 3/8, 172, 124/5 1/2, 172 1/2, 125 1/2, 176 1/2, 126/7 1/2, 173 1/2, 127 1/2, 174 K bez. — Rog en 7er 1000 Kilo inländischer: 122 3/8, 137 1/2, 126 7/8, 141 1/2, 127 1/2, 142, 143 1/2, 129 1/2, 144 1/2 K bez., 126 7/8, 118 1/2, 127 1/2, 128 1/2, 113/4 1/2, 130, 114 1/2, 132, 115 1/2, 131 1/2, 11 1/2, 132 1/2, 116 7/8, 130, 117 1/2, 133 1/2, 118 1/2, 132 1/2, 119 1/2, 135, 135 1/2, 120 1/2, und 122 1/2, 136 1/2, 122 1/2 bez. 130, 121 1/2, 136 1/2, 123 1/2, 137 1/2 K bez., 7er höher 140 K bez. — Gerste 7er 1000 Kilo große 150 1/2 K bez. kleine 148 1/2, 150, 151 1/2 K bez. — Hafer 7er 1000 Kilo loco ruff. 148 1/2, 150, 151, 151 1/2, 152, 154, 155, schwarz 156 K. — Erbsen 7er 1000 Kilo weiße 160, 161 1/2, 165 K bez., grüne 160 1/2, 162 1/2 K bez. — Bohnen 7er 1000 Kilo 180 K bez. — Weiden 7er 1000 Kilo 166 1/2, 170 K bez. — Feinsaat 7er 1000 Kilo feine 212, 323 1/2, hochfein 232 1/2, 240 K bez. — Weizen 7er 1000 Kilo ruff. 200, 214, 220, 227. Dotter 201 1/2 K bez. — Russische Kübbel u. n. 13 K bez. — Spiritus 7er 10,000 Liter % ohne Faß in Bollen von 5000 Piter und darüber 7er 57 K Br., 55 1/2 K G., 55 1/2 K G. bez., Januar 57 K Br., 55 1/2 K G., Jan.-März 57 1/2 K Br., 56 1/2 K G., Frühjahr 60 1/2 K Br., 59 1/2 K G., Br.-März-Juni 61 1/2 K Br., 60 1/2 K G., Juni 62 1/2 K Br., 61 1/2 K G., Juli 63 1/2 K Br., 62 1/2 K G., August 64 1/2 K Br., 64 K G., Septbr. 65 1/2 K G., 64 1/2 K G.

**Stettin, 11. Jan. Weizen loco 7er 1000 Kilo.** 7er Mai-Juni 189, 50 K, Roggen 7er Januar 156, 00, K, 7er April-Mai 148, 00 K, 7er Mai-Juni 145, 00 K, Kübbel 100 Kilo. 7er Januar 52, 00 K, 7er April-Mai 54, 00 K — Spiritus loco 54, 20 K, 7er Januar 54, 80 K, 7er April-Mai 58, 00 K, 7er Juni-Juli 59, 50 K — Winterklee geschäftslos, 7er 2000 K loco 246—255 K, 7er März-April 267 K nom., 7er April-Mai 270 K nom., 7er September-October 275 K nom. — Petroleum loco 13, 25—40 K nach Lagerplatz bez., Regulirungspreis 13 K, Januar 13 K Br., 12, 75 K Gd., Januar-Februar 12, 25—30—35—40 bis 50 K bez. u. Br., 12, 40 K Gd., September-October 12 K bez. — Schmalz, Wilcox loco 68 K bez., März-April 65, 50 K bez.

**Berlin, 11. Jan. Weizen loco 7er 1000 Kilo.** 165—210 K nach Dual gefordert 7er April-Mai 186, 00—185, 00 K bez., 7er Mai-Juni 187, 00—186, 00 K bez., 7er Juni-Juli 189, 50—188, 00 K bez. — Roggen loco 7er 1000 Kilo. 153—171 K nach Dual gefordert, 7er Jan. 154, 00—153, 00 K bez., 7er Jan. gefordert, 153, 00—152, 50 K bez., 7er Frühjahr 149, 00—147, 50 K bez., 7er Mai-Juni 146, 50—146, 00 K bez., 7er Juni-Juli 146, 00—145, 00 K bez. — Gerste loco 7er 1000 Kilo. 150—192 K nach Dual gefordert. — Hafer loco 7er 1000 Kilo. 162—194 K nach Dual gefordert, Erbsen loco 7er 1000 Kilo. Rodwaare 195—234 K nach Dual, Futterwaare 177—192 K nach Dual. — Weizenmehl 7er 100 Kilo. brutto unverf. incl. Sack No. 0 27, 50—26, 50 K, No. 0 u. 1 25, 50—24 K, Roggenmehl 7er 100 Kilo. brutto unverf. incl. Sack No. 0 25—24 K, No. 0 u. 1 23—22, 25 K, 7er Jan. 22, 40 K bez., 7er Jan.-Februar 22, 30—22, 20—22, 25 K bez., 7er Febr.-März 22 K bez., 7er März-April 21, 90 K bez., 7er April-Mai 21, 90—21, 75—21, 80 K bez., 7er Mai-Juni 21, 75 K bez., 7er Juni-Juli 21, 75 K bez. — Kübbel 7er 100 Kilo. loco ohne Faß 54 K bez., 7er Jan. 54 K bez., 7er Jan. 54 K bez., 7er April-Mai 56 K Br., 7er Mai-Juni 56, 6 K bez., 7er Septbr.-October 59, 5 K bez. — Petroleum raff. 7er 100 Kilo. mit Faß loco 26, 63 K bez., 7er Jan. 26 K bez., 7er Jan.-Febr. 25—24 1/2 K bez., 7er Febr.-März 24 K bez. — Spiritus 7er 100 Liter % 100, 00 % loco ohne Faß 54, 6 K bez., mit Faß 7er Januar 55, 8—55, 6 K bez., 7er Jan.-Febr. 55, 8—55, 6 K bez., 7er April-Mai 57, 5—57, 3 K bez., 7er Mai-Juni 57, 8—57, 6 K bez., 7er Juni-Juli 58, 8 K bez., 7er Juli-August 60—59, 8 K bez., 7er August-Septbr. 60—60, 3—60, 2 K bez.

**Biehmarkt**  
\* Berlin, 11. Jan. Auf heutigem Viehmarkt waren zum Verkauf an Schlachtvieh angetrieben: 2643 Stüd Hornvieh, 8812 Schweine, 6334 Hammel und 128 Kühe. Auch der heutige Markt war recht flau, die Aufhebung der Schlachtsteuer schwindet schon die Wirkung zu äußern, daß mehr Vieh an den Markt gebracht wird, und daß die Preise dadurch in weisende Richtung gedrängt werden. Hornvieh wurde flau für Export gekauft, konnte aber nur mit Mißhe die notirten Preise durchsetzen. Prima-Qualität wurde mit 57 bis 58 K, 2. Sorte mit 45—48 K, 3. Sorte mit 36 bis 39 K 7er 100 K Fleischgewicht bezahlt. — Der Schweinehandel war lebhaft, doch konnten die am Markt befindlichen Bestände nicht bewältigt werden. Beste fette Kernwaare erzielte 53—54 K 7er 100 K Fleischgewicht. — Von Hammeln war nur gute Waare begehrt, doch erzielte dieselbe trotzdem nicht über 22, 50 K 7er 45 K Fleischgewicht. — Das Kalbergeschäft widelte sich ruhig ab und wurden für seine Waare auch gute Preise bewilligt.

**Hypotheken-Bericht.**  
Berlin, 9. Jan. (Emil Salomon) Umsätze fanden nur im geringen Maße statt, da es an sofort realisirbaren Offerten zur 1. Stelle in Posten bis 20,000 R. fehlt, während größere Summen von 40—50,000 R. mehrfach angeboten. Feinste Gegen bedingt 4 1/2 %, in kleinen Summen, gute Mittelgegen 5 %. Wegen Mangels an kleineren Posten erster Hypotheken waren zweite Hypothek mit 6 % verzinslich in feiner Stadtgegen mit 6 1/2 %, in mittleren Gegenden innerhalb der Feuerkasse sehr gesucht und waren die Umsätze darin nicht unbedeutend. In ländlichen Hypotheken kein Umsatz. Kreisobligationen gefragt und gut zu lassen. 5 % Pofener 100 1/2 G., Schlesische 101 Gd., 4 1/2 % Preussische 98 Gd., Schlesische 97 1/2 Gd.

**Schiffsnachricht.**  
Newyork. Das Hamburger Post-Dampfschiff „Goethe“, Capitän Wilson, am 25. December von Hamburg abgegangen, ist am 7. d. M. wohlbehalten hier eingetroffen.

**Schiff-Linen.**  
Neufahrwasser, 12. Jan. Wind: WSW. Nichts in Sicht.

**Meteorologische Beobachtungen.**

Jan.	Temp.	Barometer-Stand in Bar.	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
11	4	839,19	+ 6,4	S., flau, bezogen.
12	8	837,24	+ 0,0	SW., flau
13	19	836,14	+ 1,4	SW., mäßig, feiner Regen

Die Abonnentenzahl des „Berliner Tageblatt“ ist seit Beginn dieses Jahres wiederum bedeutend gestiegen und erscheint dasselbe jetzt in einer täglichen Auflage von 32,000 Exemplaren.  
Mit vollem Recht darf daher das „Berliner Tageblatt“, welches jetzt die geleistete Zeitung Deutschlands ist, als ein Infectionsorgan I. Ranges empfohlen werden.

Die heutige Börse eröffnete in recht fester Haltung, zu welcher der verhältnismäßig günstige Ausweis der Preussischen Bank wohl die Basis abgegeben haben mag.

Speculationspapiere notiren zwar die Course mit einer kleinen Avance gegen Sonnabend, können aber doch nicht fest genannt werden, da sie, mit noch höheren Notirungen einsehend, sich nur in absteigender Richtung bewegen.

Die auswärtigen Staatsanleihen waren mit Ausnahme von 1860er Loosen fest und in den Couren un verändert. Dester. Renten und Americaner vorzugsweise beliebt. Preussische und andere deutsche Staatspapiere fest und theilweis auch beliebt. Das Geschäft in Eisenbahn-Prioritäten war durchweg fest

und lebhaft. Auf dem Eisenbahnactien-Markt war die Stimmung ruhig. Leichte Bahnen fest, aber still. Banactien in geringem Verkehre. Industriepapiere wenig fest und still. Montanwerthe matt.

+ Renten vom Staate garantirt

Table with multiple columns listing various financial instruments, their prices, and exchange rates. Includes sections for 'Deutsche Fonds', 'Oypotheken-Pfandbr.', 'Ausländische Fonds', 'Bank- und Industrieactien', and 'Berg- u. Oütten-Gesellsch'.

Die heutige Börse eröffnete in recht fester Haltung... (Continuation of market report from the top left)

Zur Ball-Saison empfehlen Ball-Coiffuren, Monturen, Sträußen, Schärpen in verschiedenen Farben. Gleichzeitig machen darauf aufmerksam, daß wir Ballroben nach der neuesten Mode lauber und geschmackvoll anfertigen.

Feuer-Versicherung-Verein in Altona de 1830. Nachdem die bisher von Herrn S. Wendelsohn hier verwaltete General-Agentur des obigen Vereins mir übertragen ist, erlaube ich die geehrten Interessenten hierdurch ergebenst, sich vorkommenden Falles gefälligst an mich zu wenden.

Masken-Costume für Herren, Dominos, Mönchskutten, Gesichtsmask., Perücken für Damen und Herren empfiehlt H. Volkmann, Magdalenengasse No. 8.

Strohüte zur Wäsche befördert an renommirte Fabriken Auguste Zimmermann. Neue Façons liegen zur Ansicht vor.

Braunsberger Bergschlößchen, Malzbier empfiehlt Robert Krüger, Hundegasse No. 34.

Von Mittwoch, den 13. Januar er. unterhalte eine Niederlage von vorzüglich schon schmeckendem großen Landbrotde zu 4 und 5 Sgr. aus der Bäckerei des Herrn R. O. Claus, Emaus. Um gültigen Zuspruch bittet J. Mierau, Fischmarkt 11.

Ein junger Mann (Mannfacturist), mit guter Handschrift versehen, und welchem gute Zeugnisse zur Seite stehen, sucht unter bescheidenen Ansprüchen von sogleich oder 1. Febr. Stellung.

Ein unberheiratheter Gärtner wird zum 1. April er. für Saskozin bei Praust gesucht.

Ein zweiter Inspector, der gleichzeitig im Stande ist, die Geschäfte eines Amtschreibers auszuführen, wird zum 1. April gesucht.

Ein junger Mann (Materialist) der auch mit dem Destillationsfach vertraut ist u. angeblich, sich auch noch in Stellung befindet, wünscht zum 1. April d. J. anderweit. Engagement.

Zu einem Hause der Rechtsstadt, in der schönsten Lage, sind massive Kellerräume zu vermieten, die sich sowohl zur Bier-Niederlage als auch zu einer Restauration eignen.

Hundegasse 34 ist eine Comtoir-Stube zu vermieten.

Die Kellerräumlichkeiten in unserem Hause sind vom 1. April c. zu vermieten.

Langenmarkt No. 7 ist zum 1. April er. die Saal- und Sauge-Stage, zusammen oder auch getrennt, zu vermieten.

Langenmarkt 35 ist eine Wohnung von 5 Stuben, Wasserleitung, Canalisation und allem Zubehör zu vermieten.

Ein aufst. möbl. Logis b. zu verm. 4. Damm 9, part.

Das Ladenlocal Langenmarkt No. 21 ist zum 1. April er. zu vermieten.

Telegraphen-Halle. Heute Abend Königsberger Rinderfleck. Buchard's Restaurant, Holzmarkt No. 17.

Königsberger Rinderfleck. Heute Abend Gewerbe-Verein. Das Stiftungsfest des Allgemeinen Gewerbe-Vereins, zu Danzig wird am Sonnabend, d. 16. Jan. c., Abends 8 Uhr, gefeiert werden.

Ein junger Mann (Mannfacturist), mit guter Handschrift versehen, und welchem gute Zeugnisse zur Seite stehen, sucht unter bescheidenen Ansprüchen von sogleich oder 1. Febr. Stellung.

Ein unberheiratheter Gärtner wird zum 1. April er. für Saskozin bei Praust gesucht.

Ein zweiter Inspector, der gleichzeitig im Stande ist, die Geschäfte eines Amtschreibers auszuführen, wird zum 1. April gesucht.

Ein junger Mann (Materialist) der auch mit dem Destillationsfach vertraut ist u. angeblich, sich auch noch in Stellung befindet, wünscht zum 1. April d. J. anderweit. Engagement.

Zu einem Hause der Rechtsstadt, in der schönsten Lage, sind massive Kellerräume zu vermieten, die sich sowohl zur Bier-Niederlage als auch zu einer Restauration eignen.

Hundegasse 34 ist eine Comtoir-Stube zu vermieten.

Die Kellerräumlichkeiten in unserem Hause sind vom 1. April c. zu vermieten.

Langenmarkt No. 7 ist zum 1. April er. die Saal- und Sauge-Stage, zusammen oder auch getrennt, zu vermieten.

Langenmarkt 35 ist eine Wohnung von 5 Stuben, Wasserleitung, Canalisation und allem Zubehör zu vermieten.

Ein aufst. möbl. Logis b. zu verm. 4. Damm 9, part.

Das Ladenlocal Langenmarkt No. 21 ist zum 1. April er. zu vermieten.

Telegraphen-Halle. Heute Abend Königsberger Rinderfleck. Buchard's Restaurant, Holzmarkt No. 17.

Königsberger Rinderfleck. Heute Abend Gewerbe-Verein. Das Stiftungsfest des Allgemeinen Gewerbe-Vereins, zu Danzig wird am Sonnabend, d. 16. Jan. c., Abends 8 Uhr, gefeiert werden.

Kaufmännischer Verein. Donnerstag, den 14. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, Besprechung über einen Ball Vortrag von einem Mitgliede: Die Englich-Ostindische Handels-Compagnie.

General-Versammlung des Darlehens-Vereins E. G. zu Newe findet am 20. d. M., 3 Uhr Nachmittags, im Locale des Herrn Blazek zu Behalten statt.

Tagungsordnung: 1. Geschäftsbericht vom Jahre 1874 und Feststellung der Dividende. 2. Ergänzung § 46 des Statuts, betreffend freiwillige Erhöhung der Einlagen bis zu 200 Thlr. (600 Mark).

Im Apollo-Saale des Hotel du Nord. Mittwoch, den 27. Januar 1875: Quartett-Soirée Joachim, de Ahna, Rappoldi, Müller.

Handn D-dur. - Mozart, E-dur. - Beethoven E-moll. Numerirte Sätze: Reihe I.-XII, Logen u. Valconisse, vorbereitete Reihe à 4 Mark, Reihe XII, und folgende à 3 Mark 50 Pf., unnumerirte Pläne à 2 Mark 50 Pf.

Folgende Künstler-Concerte sind in dieser Saison noch zu erwarten: Herr D. Popper, Frau Sophie Popper-Menter. Mitte Februar.

Frau Amalie Joachim, Rappoldi-Kahrer, Mitte März. F. A. Weber, Buch-, Kunst- u. Musikalien-Handlung, Langgasse 78.

Theater-Anzeige. Mittwoch, 13. Januar. (Abonnem. susp.) Benefiz für Herrn Regisseur A. Glimmerreich: Ein Wintermärchen. Schauspiel in 5 Acten v. Shakspeare. Musik von F. v. Flörow.

Donnerstag, 14. Januar. (5. Ab. No. 14.) Auf Schloß Rannock. Schauspiel in 5 Acten nach der Novelle „Herrmann“ aus der Gartenlaube, von Stagemann.

Freitag, 15. Januar. (Abonnem. susp.) Schönes Gastspiel des Herrn Erdmann. Benefiz für Herrn v. Schmidt. Tannhäuser. Oper in 3 Acten von R. Wagner.

Sonabend, den 16. Januar, bleibt das Theater geschlossen. Selonke's Theater. Mittwoch, 13. Januar. Auftreten des Gymnastikers Carlo Gronau mit seinen 6 Söhnen. U. A.: Die Soldatenfamilie. Lustspiel.

Auf vielfachen Wunsch: Sonnabend, den 23. Januar: Zweiter großer Maskenball. Die Beleidigung die ich der Frau Mohr am 26. December 1874 jugesetzt habe, widerrufe ich hiermit öffentlich.

M. P. Schwabe. Verantwortlicher Redacteur S. Rädner. Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.